

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Direktionsschrift:
Tageblatt Riesa.
Bemal. Nr. 20.
Postbuch Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsankwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestimzte Blatt.

Polygraphieamt:
Dresden 1880.
Girofasse:
Riesa Nr. 52.

Nr. 283.

Wittwoch, 5. Dezember 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufstellungsgebühr. Für den Fall des Eintrittes von Produktionsunterbrechungen, Schätzungen der Höhe und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu begleichen; eine Gewähr für das Erreichen an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 zum Kreis 1 um zehn Groschenstück-Groschen (5 Silber) 10 Gold-Pfennige; die 20 zum Kreis 10 Pfennige; mitzuhender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Vermögender haben es sich, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Ausstrahler im Standort gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägliche Unterhaltsungsbeiträge — hat der Besitzer Gründen an der Sache. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen im Betrieb der Druckerei, der Dienststelle oder der Sicherungsseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationskunst und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Goethetraube 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Chamberlain hofft Räumung.

Iedt hat der englische Außenminister mit der Unmöglichkeit über die Haltung Englands zur Räumungsfrage ein unweidliches Ende gemacht. Er hat sich im englischen Unterhaus zu einer Erklärung gehoben, die klar und klar die englische Ansicht wiedergibt und die als eine offizielle Stellungnahme Großbritanniens zu bewerten ist, weil sie an offizieller Stelle von einem der verantwortlichsten Staatsmänner Englands präzisiert wurde. Chamberlain hat also die Haltung Englands zur Räumungsfrage dahin gegeben, dass der Artikel 431 des Versailler Vertrages Deutschland nicht das Recht gebe, heute eine frühzeitige Räumung des Rheinlandes zu verlangen. Er begründet diese Ansicht Englands mit seiner Feststellung, dass Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag noch nicht erfüllt habe, da die Zahlungsleistungen des Reiches noch nicht in vollem Umfang getätig worden seien. Der englische Außenminister hat sich also fast genau auf denselben Standpunkt gestellt, den auch Locarno in der Räumungsfrage vertreten. Chamberlain hat noch ein weiteres verklärt: Aus seiner Ansicht über die Räumungsfrage und aus der Begründung, die er dieser Ansicht unterlegt, geht hervor, dass auch England die Frage der Deutschland außerlegten Zahlungsleistungen mit dem Räumungsproblem verbinden will, denn er vertreibt ja die These: erst die Reparationen und dann die Räumung.

In Deutschland haben diese Erklärungen im englischen Unterhaus die allergrößte Aufregung ausgelöst. Denn sie haben das deutsche Volk darüber belehrt, dass die deutsche Ansicht, die die beiden Fragen der Räumung und der Zahlungsleistungen streng voneinander getrennt seien will, in der That sowohl von Frankreich als auch von England abgelehnt wird. Da diese beiden Großmächte England und Frankreich als die Hauptauslöscher der verhandelnden Verhandlungen Deichlands in der kommenden Ausprache der Sachverständigen anzusehen sind, so kann sich das deutsche Volk schon heute eine Verteilung davon machen, wie die kommende Aussprache auslaufen wird und mit welchen Argumenten die Sachverständigen der Gegenseite zu überreden gedenken. Es darf daher sowohl die Pariser als auch die Londoner Regierung nicht wundernehmen, dass in Deutschland immer mehr der Glaube an ein geheiltes Ergebnis der geplanten Besprechungen über die Revision des Dawesplans schwindet und immer mehr sich im deutschen Volke die Ansicht verbreitet, dass es besser wäre, diese Aussprache überhaupt nicht stattfinden zu lassen, da in ihr eine objektive Beurteilung der ganzen Sachlage ja doch nicht zum Wort kommen will.

Immerhin würde die Reichsregierung gut daran tun, die höchst ansehnlichen und bedeutsamen Erklärungen des englischen Außenministers richtigzustellen. Deutschland leitet sein moralisches Recht auf eine frühzeitige Räumung der besetzten Gebiete aus seiner Mitgliedschaft zum Völkerbund ab, aus seinem Beitritt zu den Locarno-Verträgen und aus den Garantien, die das Reich über die Grenz Sicherheit im Westen gegeben hat. Sein juristisches Recht auf eine frühzeitige Räumung erhält das deutsche Volk in seiner Gesamtheit in dem Wortlaut des Artikels 431 des Versailler Vertrages, der festlegt, dass eine frühzeitige Räumung stattfinden soll, wenn Deutschland den ihm durch den Versailler Vertrag zugesetzten Verpflichtungen genügt leistet. Es ist hier zu beachten, dass der Wortlaut des Artikels 431 gusserklärt die Präsentform bemüht. Das heißt, er sagt nicht, dass eine frühzeitige Räumung in Frage komme, wenn Deutschland den Verpflichtungen genügt geleistet habe, sondern wenn es genügt leistet". Weder von Frankreich noch von England wird abgestritten, dass Deutschland seinen Verpflichtungen in der Abschaffungsfrage folge geleistet hat. Es wird von beiden Staaten nur behauptet, dass die ihm auferlegten Zahlungsleistungen noch nicht erfüllt waren, was nach Ansicht dieser Staaten nachweislich, dass die Bedingungen des Artikels 431 für eine frühzeitige Räumung des Rheinlandes noch nicht gegeben seien. Mit diesem Standpunkt stehen England und Frankreich eine vollständigkeitslose Sinnlosigkeit zu einem Hauptargument ihrer Stellungnahme. Gibt es auf der ganzen Welt einen einzigen vernünftigen Menschen, der annnehmen könnte, dass Deutschland innerhalb der 15 Jahre, die die Besatzungszeit umfasst, in der Lage sein könnte, seine gelannten Zahlungsleistungen an die ehemaligen Alliierten, Leistungen, die noch vor einigen Jahren mit der ungemeinen Summe von 122 Goldmilliarden festgelegt wurden, zu erfüllen? Könnte eine Erfüllung dieser Leistungen überhaupt in Frage kommen, wenn von Seiten der Alliierten die genaue Endsumme bis jetzt noch nicht bekannt gegeben wurde? Die Frage der deutschen Zahlungsleistungen ist im Versailler Friedensvertrag offen gelassen worden. Kann daher ein Artikel dieses gleichen Vertrages als Bedingung eine bestimmte Vertragserfüllung verlangen, die in diesem Vertrage überhaupt noch nicht präzisiert ist? Immerhin: Herr Locarno und Herr Chamberlain machen sich beide eine solche Sinnlosigkeit, eine solche unglaubliche Verhöhnung Deutschlands zu eigen. Machen sie sich zu eigen noch

Eine große Kommerrede Briands.

Seine Darstellung der deutsch-französischen Verhandlungen. — Briand gegen den Anschluss.

* Paris, 4. Dezember. (Telunion.) Im Laufe der Debatte über den Haushalt des französischen Außenministeriums ergriff Briand das Wort zu längeren Ausführungen, in denen er einen Überblick über alle außenpolitischen Fragen gab, die zur Zeit die französische Regierung beschäftigen.

Briand betonte, dass man, um einen soliden Friedens-

stand auszubauen, auch einen soliden Unterlage bedürfe. So sei es gewisslich gut gewesen, dass in Genf durch seine Rede gewisse Illusionen aufgehoben seien, die eine politische Lage vorgegeben, die bisher nicht vorhanden sei. Der Reichskanzler Hermann Müller hätte behauptet, dass er, Briand, nicht weit davon entfernt sei, eine Politik mit demselben Boden zu machen. Hiergegen müsse er sich wenden. Wenn zwei Länder über ein so großes Gebiet wie Deutschland und Frankreich verfügen, sei es immer möglich, Krieg zu führen. Wenn das gegenseitige Vertrauen und der Friedensgeist schließen, könne sehr leicht ein Krieg entstehen. Das sei der Sinn seiner Genfer Ausführungen gewesen.

Frankreich sei dem Weise von Locarno treu geblieben. Auch Dr. Stresemann hätte seinerzeit ausgeschaut, doch Locarno die einzige mögliche Politik für Deutschland sei. Seit nun Locarno tatsächlich gescheitert sei, als der Pakt unterzeichnet worden sei, habe man im wesentlichen verlangt, dass man die Rheinlandbesetzung "humanisiert". Dies sei innerhalb eines Jahres geschieden und im Rheinlande habe ein von den früheren ganz verschiedenen Regime Platz gegriffen. Deutschland habe also aus Locarno einen großen Nutzen gezaubert.

Briand fuhr fort: Er sei, seinen Plan methodisch verfolgend, mit Stresemann zusammengetroffen, um zu verhindern, dass zwischen beiden Ländern bestehenden gefährlichen Nebungen verhindern zu lassen. Er habe von ihm Erfüllungen bezüglich der Sicherheit Frankreichs verlangt zwecks Ausführung der Empfehlungen der Völkerbundskonferenz. Dr. Stresemann habe dies versprochen und dieses Versprechen gehalten. Er habe ihn dann erzählt, die Geiten zu machen, die es Frankreich ermöglichen, das Rheinland zu räumen. Man habe sich dahin geeinigt, dass Stresemann durch Sachverständige nach den Mitteln suchen lassen würde, sich vorsichtig zu befreien, und Briand habe darauf Stresemann gesagt, er werde dessen Vorschläge erwarten. Diese Vorschläge seien aber nicht gemacht worden.

Zu den Folgeschäden habe Reichskanzler Müller den Wunsch bekundet, mit Frankreich und dessen Alliierten in Verhandlungen zu treten. Diesem Wunsche habe er nachgegeben und Reichskanzler Müller habe gefragt: Deutschland habe das Recht, die sofortige Räumung des Rheinlandes zu verlangen, während er ihm erwidert habe: "Nein!" Juristisch den Wunsch in den Händen, haben Sie dieses Recht nicht?"

England habe die gleiche Antwort erzielt. Briand erklärte weiter, er habe dann den Vorwurf gemacht, man mache vom juristischen auf das politische Gebiet übergehen und man habe sich darauf geeinigt, dass auf dieser Grundlage das Problem ins Auge geführt werden könne. "Frankreich", erklärte Briand, "erkennt keinen Recht". Es will keineswegs auf seine Position spekulieren. Es verlangt nur sein Recht. Das französische Volk, das wegen des Krieges letzten zu ertragen hat, würde dem nicht zustimmen, unbestimmt Jahr lang seine Anstrengungen fortsetzen zu müssen, während Deutschland die Hände in den Hoschen legt und lagen würde: "Ich zähle nicht mehr."

In Thoiry habe er, Briand, den Zusammenschluss einer Sachverständigenkommission vorgeschlagen, um nach Verhandlungsmitteln zu suchen. Seit einem Monat seien die Verhandlungen im Gange, die Frankreich die Hoffnung geben, dass man zu einem Abschluss komme. Der zur allgemeinen Liquidierung des Krieges führen werde. Wenn die Deutschen ebenso entschlossen wie die Franzosen den Frieden wollten, sei dies Ergebnis möglich. Glaube man, dass die Freude nicht endlich in Europa geschaffen werde, wenn sich dann Vertrauensbeziehungen zwischen den zwei großen Völkern anspannen könnten? Dieser Friede ohne Heimverständnis, der auf einer Rechnungsregelung aufgebaut und

wenige Wochen vor dem Zeitpunkt an dem durch eine "vernünftige Verständigung" eine alle Zeile befriedigende Lösung gefunden werden soll. Kann das deutsche Volk also auf die Verhandlungen der Sachverständigen auswirken oder muss es sich heute schon sagen, dass die Aussprache nur das beweisen soll, was die ehemaligen Alliierten wollen, nämlich die Rückkehr zum Versailler Diktat? Die Antwort auf diese Fragen ergibt sich von selbst.

Im übrigen sei ausgegeben, dass die Erklärungen Chamberlains im englischen Unterhaus schon aus rein politischen Gründen nicht anders hätten ausfallen können, als wie man sie zu hören bekommt. Hätte der englische Außenminister die Auslegung des Artikels 431 im Sinne Deutschlands bestätigt, so hätte er damit auch zugegeben, dass die weitere Befreiung des Rheinlandes widerrücklich sei, dass also die Politik Großbritanniens sich an einer

Vertragserledigung mitschuldig gemacht habe. Schon aus diesem Grunde hat sich Chamberlain vermutlich zu seinen Unterhauserklärungen gefunden. Hoffnungsvoller für Deutschland wird die Angelegenheit hierdurch bestimmt nicht.

Die Handwerksnovelle bleibt in der Regierungsfassung.

vda. Berlin. Mit Ausnahme der zurückgestellten Bestimmungen über den Wahlmodus zu den Handwerkern schloss der Völkerwirtschaftliche Ausschuss des Reichstags die erste Lesung der Handwerksnovelle ab. Da sämtliche Änderungsanträge mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt wurden, bleibt es einkreiseln bei der Fassung der Regierungsvorlage. Die Beratung wird am nächsten Dienstag fortgesetzt.

Denkt an Weihnachten!

einigung kommunaler Träger vom Wiederaufbauamt, den Bericht unternimmt, die Fragen der Abföhrung naher zu bringen. Er hat bereits im Sonntags eine wissenschaftliche Sammlung von „Beiträgen zur künftigen Entwicklung des Rechtsschicksals“ herausgegeben. In diesem Jahre hat er nun, im Anschluß an eine Fortsetzung der Diskussionsfragen auf seiner Weimarer Tagung, durch einen der bedeutendsten Rechtswissenschaftler Oberlandesgerichtsrat Dr. Dittel, einen Gesetzentwurf aufstellen lassen, der vor dem Zeit einer vom Reichsverband eingeladenen Kommission nominiert wurde. Die Freiheit des Wirtschafts- und Wohnungsrechts zur Verarbeitung vorliegt. Die beteiligten Ministerien, Reichsarbeit- und Reichsjustizministerium, nehmen an diesen Arbeiten, wenn sie auch rein private und unverbindlicher Natur sind, lebhafte Interesse.

Frau oder Fräulein? Der Reichsinnenminister verfügt: Wenn der Bezeichnung eines unbekannten weiblichen Person als Frau haben kann früher Erörterungen zwischen den dafür zuständigen oberen Reichs- und Bundesbehörden stattgefunden. Dabei ist allgemein der Standpunkt vertreten worden, daß die Angelegenheit überwiegend nicht zur Zuständigkeit des Reiches, sondern der Länder gehört. Die preußische und hessische Regierung sind der Auffassung, daß die Benennung Frau oder Fräulein bezeichnung noch Teil des Namens, noch Titel sei; die Annahme der Bezeichnung kann daher auch einer Unterheirat nicht verworfen werden. Es jedoch eine Bedrohung berechtigt oder verpflichtet ist, eine Unterheirat im amtlichen Verleih, insbesondere in bürgerlichen Ausweisen als Frau zu bezeichnen, wird sich nach den für die Behörde und die in Frage kommende Amtshandlung maßgebenden Vorschriften zu bestimmen haben. Beim Mangel eines solchen Vorlasses wird die Frage in der Regel zu vernünftigen sein, namentlich soweit es sich um Urkunden handelt, ob den Nachweis der Identität einer Person erbringen oder erläutern sollen. Es wird höchstens darauf zu nehmen sein, daß die Angaben in öffentlichen Urkunden miteinander übereinstimmen, so daß beobachtbare Ermittlungen in einem Fall erschwert werden.

Mügeln. Mügeln ist eine kleine Gemeinde im Kreis Gießen, Hessen. Sie ist am 4. Dezember 1833 in Schaudau geboren.

Weißbach. Es fand! In einer der letzten Nächte machte man hier die Beobachtung, daß in einer Feuerstube etwas nicht in Ordnung sein könnte. Schon von weitem hörte man eifrig Klopfen, schärfer als wenn ein Zimmermann bei der Arbeit wäre. Man ging aber der Sache nach, und da enthielt sich der Knopf sehr bald. Auf irgendeine Weise war in die tragische Feuerstube ein Spiegel geraten, den Rückweg hatte Meister Spiegel jedoch nicht mehr gefunden, und da blieb nichts weiter übrig, als in die Holzwand ein Loch zu hämmern, um so wieder aus der unfreundlichen Gefangenshaft zu kommen.

Moskau. Tod durch Starkstrom. Im Umspannwerk Eydorf war am Montag bis 3 Uhr nachts eine große Maschine repariert worden. Sie wurde darauf wieder unter Spannung gesetzt und das Betreten des Raumes verboten. Der Werkstattleiter Hoffmann aus Niela vermittelte möglichst sein Schlüsselbund und begab sich doch nochmals in den gelöschten Raum. Dabei scheint er irgendwie mit der 60 000 Voltleitung in Berührung gekommen zu sein, denn man fand ihn nur noch als Leiche auf.

Kötzschenbroda. In der Nacht treibt wieder einmal ein Einbrecher sein Unwesen, der es bis jetzt nur auf Haushäuser abgesehen hat. So wurde in der Nacht zum Montag den „Vier Jahreszeiten“ ein unerwünschter Besuch abgestattet. Der Einbrecher verschaffte sich durch ein Fenster des Bürosraumes Eingang zum Schrankraum und bat dort anscheinend nach Bargeld gelassen, jedoch nur einen unbedeutenden Betrag Wechselpfennige gefunden. Er hielt sich dann an die vorhandenen Vorräte von Schokolade, Keksen, Zigaretten und Sigaretten und hinterließ den Raum in größter Unordnung. — Ein ähnlicher Einbruch wurde wahrscheinlich von derselben Person am Abend vorher in der „Grundhöhle“ ausgeführt und in der Nacht zum 30. November erhielt der „Jägerhof“ den gleichen Besuch. Auch in diesen beiden Fällen konnte der Einbrecher nur ganz unverdächtige Beute machen.

Dresden. Ein netter Freund. Sonnabend früh war ein 22 Jahre alter Klempner, der von einem Verquägen nach Hause gehen wollte, auf dem Steinplatz an der Elbe von Krämpfen besessen worden und bewußtlos liegen geblieben. Als er wieder zu sich gekommen war, vermisste er seine Taschenbücher mit Reite und einem Geldbeutel. Der Verdacht, der Diebstahl verübt zu haben, lenkte ihn sofort auf seinen Freund, einen 20jährigen Hausschurzen, der ihn begleitet hatte und dann verschwunden war. Als dieser nach Hause kam, wurde er von einem Kriminalbeamten in Empfang genommen. Er leugnete hartnäckig, der Täter zu sein. Er als man das gehobene Gut bei ihm vorfand, gestand er die Tat ein.

Dresden. Mit dem Auto in den Straßengraben. Auf der durch nassen Schnee schlüpfrigen Stadtkreuz bei Klingenberg-Cöllnisch perlte ein Zwischenlauer Kraftwagen ins Schleudern und stürzte die Böschung hinunter in den Straßengraben, wobei ein Baum entwurzelt und das Auto schwer beschädigt wurde. Von den Insassen wurde eine Dame nicht unverletzt verletzt, während die übrigen mit dem Scherf davonliefen. — Auf der Fahrt von Obercaldorf nach Schmöckwitz durchstieß der Kraftwagen eines Dresdner Arztes das Geländer der Weiberbrücke und stürzte in den Fluss. Der Arzt wurde aus dem Wagen gerettet und kam jedoch mit einer leichten Verletzung davon.

Dresden. Störung im Straßenbahnbetrieb. Am Dienstag gegen 18 Uhr trat infolge Überhöhung an einem Sammelschienenpannungsrande sein Apparat, mit dem man Spannungen mit dem kleinen Transformator) eine Stromförderung im 10 000-Volt-Steg der südlichen Elektrizitätswerke auf, die durch Umschalten auf die Reserve-Sammelschienen innerhalb 20 Minuten beobachtet wurde. Die innere Stadt, die durch das 2000-Volt-Netz gespeist wird, wurde von der Störung nicht betroffen. Der Straßenbahnbetrieb dagegen erlitt eine Unterbrechung von ebenfalls etwa 20 Minuten; er wurde 18.30 Uhr wieder aufgenommen. Da die Störung gerade in die kritische Zeit des Büroabschlusses zahlreicher Firmen fiel, nahm der ohnehin sehr rege Straßenverkehr für die Dauer einer halben Stunde ganz gewöhnliche Formen an.

Dresden. Verschluß des Regierungskreisels v. d. Bussche. Gestern mittag wurden die herzhafte Überraschung in Berlin im Alter von 36 Jahren nach einer Operation jäh aus dem Leben geschiedene Regierungskreisel Hans Freiherrn von dem Bussche-Kreisels in der Familiengruft auf dem Johannisfriedhof zur letzten Ruhe bestattet. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes legte der Gesandtschaftsrat Alce einen Kranz am Sarge nieder. Pastor Prediger a. D. Achler hielt die Gedächtnisrede. Eine Abordnung des Militärvereins Gardesoldaten mit Russen geleitete den Sarg zur Gruft.

Dresden. Die Dummen werden nicht alle. In letzter Zeit waren in allen Zeitungen von einem preußischen Vermittlungsbüro Interesse erschienen, in denen goldsuchenden Personen unter günstigen Bedingungen Darlehen angeboten wurden. Den ich meldenden Personen erklärte man, daß sie das Darlehen in nächster Zeit von einer Hamburger Bank, Kommandit-Gesellschaft erhalten würden. Als Vermittlungsgesellschaft und Unterschreitung wurden den besten Bedingungen in Höhe von 20-30 Prozent abgenommen.

Heute Berufsfahrt des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen. (Funkversuch.) Nach gründlicher Vorbereitung ist das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute vormittag kurz nach 9 Uhr an der ersten der sieben von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt vorbereiteten Versuchslinien aufgestiegen. Zu Bord befinden sich etwa 30 Personen. Die Passagiere legen sich außer den Herren der Deutschen Versuchsanstalt vorwiegend auf Werksangehörige zu zusammen. Die Führung des Luftschiffes hat Kapitän Lehmann. Die Fahrt wird etwa 6 bis 7 Stunden dauern und sich auf das Lieberseeligen des Bodenseegebietes beziehen. Der Start ging glatt vorstatten. Das Wetter

ist sehr schön, aber kalt. Der Morgennebel ist im Schwinden begriffen.

„Graf Zeppelin“ glatt gelandet.

Friedrichshafen. (Funkversuch.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach Beendigung seiner heute morgen um 9 Uhr angetretenen Versuchsfahrt über dem Bodenseegebiet um 2 Uhr glatt gelandet.

Plauen. Erdstoß im Vogtland. Am Sonntag mittag wurde im Vogtland ein ziemlich starker Erdstoß verzeichnet. Gegen 2 Uhr setzte plötzlich ein heftiger Stoß ein, dem selbstdurchgang eine rüttelnde Bewegung folgte. Man bringt diese Erscheinung in Zusammenhang mit größeren Bewegungen der Erdoberfläche in anderen Gegenden (Italien, Chile usw.).

Werdau. Todesfall. Der Mitbegründer der Auto-Horchwerke, einer der ältesten Autohäuser Sachsen, der Eisenbahnbereichsleiter Walter Hertel, ist hier gestorben.

Mühlberg. Die Tatsache, daß die Krankenhäuser in Glauchau, Großenhain, Torgau und auch Riesa seit Jahren ständig überfüllt sind und sich daraus manche Unzufriedenheiten für die Kranken ergeben, führt in der letzten Kreisstadtversammlung zu dem Antrag, den Bau eines Kreiskrankenhauses vorzubereiten. Bevor dieses Wirklichkeit werden kann, wird noch genaue Zeit vergehen. Sofort kann aber viel gebessert werden durch größere Ausnutzung des Mühlberger Krankenhauses. Mit geringen Kosten kann auch dessen Erweiterung erfolgen. V. durch Bau einer Baracke vor Leichtstraße oder Gasse.

Halkenberg. Dem auf dießen Bahnhof bedienten Lokomotivführer Albin Kunz wurde anlässlich einer vollendeten 42-jährigen Eisenbahndienstzeit ein Glückwunsch und Anerkennungsschreiben des Reichspräsidenten und des General-Direktors der Reichsbahn-Gesellschaft für die geleisteten treuen Dienste überreicht.

Burgau. Amtsfeindschaft zweier Magistratsbeamten in Burgau. Der zweite Bürgermeister Dr. Priegel und der Stadtbaurat Landrian wurden vom Regierungspräsidenten von Bregenz, der zur Durchführung der von ihm eingeleiteten Disziplinaruntersuchung gegen die beiden Beamten hier weilte, vorläufig ihrer Amtszeit entbunden. Dieser Maßnahme liegt folgender Vorgang zugrunde: Im Verlauf von Unstimmigkeiten zwischen dem sozialdemokratischen 1. Bürgermeister Burmann und dem bürgerlichen Stadtbaurat Landrian rückte dieser mehrere Beschwerden gegen Burmann, die er auf dem Instanzenweg über Burmann weitergeben muhte. Da sie vom 1. Bürgermeister zurückgehalten wurden, beschwerte sich der Baurat unmittelbar bei der Regierung. Die Beschwerde ging dann an den 1. Bürgermeister zurück. Da inzwischen in der Burgauer Volkstimme schwere Beschuldigungen gegen den Baurat erhoben worden waren, nahm dieser in einer Versammlung öffentlich dazu Stellung, in der auch Bürgermeister Dr. Priegel sprach, und in der eine Entschließung angenommen wurde, die sich gegen die Maßnahmen des ersten Bürgermeisters richtete. Da Dr. Priegel nicht gegen die Entschließung stimmte, batte der Regierungspräsident ein Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet.

Halle. Zu der Meldung über Unstimmigkeiten bei den Mifa-Werken wird von den Mifa-Werken aus Sangerhausen mitgeteilt, daß die Summe, um die der betriebsgerichtliche Fahrradhändler die Mifa-Werke geächtigt hat, mit einem geringen Bruchteil der in der Meldung genannten Summe von 80 000 Mark ausmacht und im übrigen gedeckt ist.

Gera. Todesfahrt eines Autobeförderers. Ein furchtbare Autounfall ereignete sich auf der Staatsstraße zwischen Bad Köstritz und Großens. Der früher in Gera lebende Beförderer anlässlich Privatmann Karl Summer befand sich mit einem Gattwitz aus Groß-Poewitz in seinem Auto auf der Fahrt von Gera nach Wetterzeube. Auf der genannten Straße fuhr der Kraftwagen um 6.30 Uhr in ein Langholz gefahren, das nicht vorrichtsmäßig beleuchtet war. Karl Summer, der am Steuer seines Wagens saß, wurde infolge des Aufpralls zusammengeprallt und war auf der Stelle tot. Sein Beifahrer blieb völlig unverletzt. Der Verunglückte ist der Sohn des früheren Geraer Hofkonditors Summer.

Gebering über die Lage im Ruhrgebiet.

Berlin. (Funkversuch.) Wie Reichsminister Seering Vertretern der Presse mitteilte, ist damit zu rechnen, daß bis Ende der Woche etwa 70 Prozent der ausgesparten Arbeiter des Ruhrgebiets die Arbeit wieder aufgenommen haben. Wenn die Arbeitsaufnahme bis dahin nicht vollständig ist, so hat das keinen Grund in technischen Schwierigkeiten. Bei seinem Besuch im Ruhrgebiet hat Minister Seering Versprechungen mit beiden Parteien gehabt. Diese Versprechungen haben aber noch nicht den materiellen Inhalt des Streites umfaßt, vielmehr wird Minister Seering, wenn er den Schiedsprozeß des Reichsarbeitsministers und den Vermittlungsvorschlag des Regierungspräsidenten Bergemann genau studiert hat, ernst im Ruhrgebiet führen, um über die tatsächliche Seite des Problems zunächst mit den Parteien einzutragen und dann an einem Tisch mit dem Schiedsprozeß vorzubereiten. Dieser Prozeß wird frei von allen Bindungen erfolgen und wahrscheinlich gegenüber den bisherigen Lösungsversuchen etwas neues darstellen. In seinem ersten Besuch im Ruhrgebiet hat Minister Seering zum Ausdruck bringen wollen, daß die Reichsregierung vor allen Dingen den größten Wert darauf legt, die Wiederaufnahme der Betriebe so bald wie möglich herbeizuführen. Dieser Zweck ist erreicht worden.

Unterschlagungen.

Wiesbaden. (Rhein-Hessen.) Wie verlautet, soll bei der Spar- und Darlehnskasse ein Fehlbetrag von 25 000 Mark festgestellt werden. Das Mancio soll aber schon bei den früheren inzwischen verlorenen Gemeinderechnungen bestanden haben. Bei der Staatsanwaltschaft in Mainz zweibt ein Ermittlungsverfahren in dieser Angelegenheit.

Drais. (Rhein-Hessen.) In der hiesigen Gemeinde-Kasse wurde ein Fehlbetrag von über 20 000 Mark entdeckt. Das Mancio soll aber schon bei den früheren inzwischen verlorenen Gemeinderechnungen bestanden haben. Bei der Staatsanwaltschaft in Mainz zweibt ein Ermittlungsverfahren in dieser Angelegenheit.

Porzellan und Kristall

nur erster Firmen

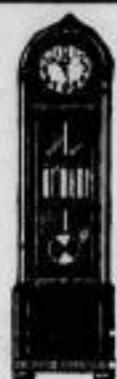


in reicher Auswahl und vielen Preislagen
ebenso

Erzeugnisse der
Staatl. Porzellanmanufaktur Meissen

G. Immanuel Lochmann

Mein neuer Porzellanverkaufsraum ist eröffnet



Große Reklame

allein macht nicht
sondern gute Ware
und billige Preise.
In Uhren, Gold- und
Silberwaren, Bestecks
usw. finden Sie das bei

Arthur Schöne

Riesa, am Rathausplatz.

Naturheilstunde, Biochemie u. Homöopathie.
Sprechstunde fest am Freitag, Kommandat. Str. 5,
vormittags von 9-12 und nachmittags von 3 bis
4,7 Uhr. Paul Boba.

Willst du in schicken Schuhen laufen
Mußt du bei **Paul Großmann** kaufen.

Walnüsse.

Morgen trifft nochmals ein größerer Wagen
prima gefüllte billige rumänische Walnüsse ein.
H. Grühle.

BSF
Platura
BSF

Das schwer versilberte
© Tafel-Besteck ©

mit an den Abnutzungsstellen eingelöteten
massiven Silberplatten.
Im Gebrauch unverwüstlich.

Allein-Verkauf für Riesa

A. Herkner

Inh. Johannes Kühnert
Hauptstraße 58.

Gestern nachmittag entschlief nach kurzen,
schweren Leiden mein lieber Mann, unser
guter Vater und Großvater

Richard Röhler.

Die tiefrannte Gattin und Kinder,
Riesa-Gröba, 5. 12. 28.
Blumenschmuck wird dankend abgelehnt.
Bestäuberung Freitag nachmittag in
Dresden-Tolkewitz.

Montag abend verschied nach langem
schweren Leiden mein geliebter Vater,
unser guter, treuherziger Vater

Herr Paul Lippert

im Alter von 44½ Jahren.

in tiefer Trauer
Martha Lippert nebst Kindern.
Röderau, am 5. 12. 28.
Die Beerdigung erfolgt Freitag nach-
mittag 2 Uhr vom Trauerhause aus.

Weihnachten naht!

Teppiche, Garnituren
Säulen, Diman, Tisch-, Bett-
und Steppdecken

Ohne Anzahlung auf Kredit
gegen monatliche Teil-
zahlungen. Verlangen Sie
bifreien Beraterbesuch
oder besuchen Sie uns
am Lager.

Teppich- u. Garnituren-
Vertriebsgesellschaft
Dresden-E., Mühlau-
str. 14. Ede Strudelt.

Outerb. Rinberhoff
zu laut. ges. Off. unter 6228
an das Tageblatt Riesa.

Ihr Bild

als bestes
Weihnachtsgeschenk

Meiert Ihnen
in bekanntester Ausführung

Photogr. Otto Werner

Goethestraße 51

Moderne Lichtstapeten setzen sich in die Lage, auch bei trübem Wetter
oder am Abend ganz hervorragend gute Aufnahmen herzustellen

Dieser Tage werden Arbeiten von mir in der
Buchhandlung Hoffmann, Hauptstraße, aus-
gestellt. Ich bitte, denselben anlässlich des be-
vorstehenden Festes Beachtung zu schenken

E.-Ch. Walcha, Kunstmaler
Bahnhofstraße 1

Bowien
Nickelservice
Technmaschinen
Kaffeemaschinen
Ranchzeuge
stets Neubetrieb.

A. Kuntzsch
Hauptstraße 38.

Auto-, Tisch-, Stepp-, Schlaf-, Divan-Decken

Passende Weihnachtsgeschenke

Solinger Stahlwaren
sowie Luftgewehre
und Munition empfiehlt

E. Schmock
Waffensammlermeister.

kauft man
billig bei **Mittag**, Hauptstr. 72

Die Verlobung unserer Kinder
Dora und Alfred
zeigen mir hierdurch ergebenst an
Richard Reichel u. Frau
Hermann Hensel u. Frau

Reinsdorf b. Waldheim **Dezember 1928** **Riesa-Gröba**

In der Blüte seiner Lebensjahre, hat ein schwerer Schlag
uns unsern lieben, guten Sohn

Arno Hofmann

unsrer lieben Bruder, Schwager und Onkel, meinen lieben
Arno, irdisch von uns genommen.

Wir wollen unsren Schmerz im stillen tragen und bitten
um gleiche Teilnahme.

Familie Max Hofmann
Familie Richard Börner
Ella Kleffel
Mutter und Großmutter
Familie Leutert.

Die Beerdigung erfolgt in Riesa am Freitag nachmittag
2 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Am 4. Dezember 1928 entschlief sanft nach langem,
mit unaussprechlicher Geduld ertraginem Leiden im 25.
Lebensjahr mein lieber Sohn, unser guter Bruder und Enkel

Siegfried Szopinski.

Waldnitz.

In tiefer Trauer
Eisa. Szopinski und Kinder
Familie Gretschel.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachm. 8 Uhr,
vom Trauerhause aus statt.

Gummi-Unterlagen

bildigt bei
Franz Börner
Hauptstraße 44.

Grillblume
bier. Getrocknete
und getrocknete
empf. bildigt
Wohlfahrt, Weida
Gaußstraße 10.

Motorrad
4 PS, sehr gut erhalten,
umständlich, billig zu verl.
An erf. im Tageblatt Riesa.

Weihnachts-Bäckerei

empfiehlt
hochseine Weizenmehle

ff. Weizenmehl, Wib. 28 Big. bei 5 Pfund
Steinkohle Mehlungsmehl, Wib. 26 Big. bei 5 Pfund

ff. Sultania

1 Wib. 104 94 84 84 80 76 66

bei 5 Wib. 102 92 82 82 78 74 64

ff. Rosinen ff. Corinthen

1 Wib. 94 76 66 1 Wib. 76 60

6,5 Wib. 92 74 64 6,5 Wib. 74 58

ff. Bari-Mandeln

für 210 Big. bitter 215 Big.

bandgem. 240 bandgem. 260

Mandel-Criss, füll. gem. 22 Big.

bitter, gem., reine Mandelkerne 108 Big.

Meine Mandelkerne, ganz Cris, bitter Wib. 122 Big.

ff. gem. Alten Zucker

verschiedlicher Sandzucker

ff. Raffinade, Wib. 28 Big. bei 5 Wib. 27½, Wib.

ff. Rübenzucker, Wib. 34 Big. bei 5 Wib. 33 Wib.

ff. Süßzucker, : 40 : 5 : 38 :

ff. Zuckersandzucker, : 36 : 5 : 34 :

hochseine Margarine hochseine Margarine

Wib. 94 78 68 63 58

bei 5 Wib. 92 76 66 61 56

Balmin ff. Schweineschmalz

Citronat Wib. 140, 160 Wib., Citrus 1 Std. 8 Wib.

Gemüse-Wadgetwärze in 1a Qualität

Wohn Wib. 65 Wib., frischgemahlen Wib. 80 Wib.

ff. Bourbon-Banille — Rum — Arrac

Seinle Holsteiner Mollerel-Butter

ff. Landbutter

Bitter, Vorrats-
bestellung

Ernst Schäfer Nachf.

1. Geschäft
Ede Sachse- u. Goethestraße

2. Geschäft
Rathausplatz

Eine geistvolle allgemein verständliche Auf-
klärung über

Wunder

Im Menschen.

Über die wahren Heilkräfte im menschlichen
Körper gibt jede Leidende unsere
48 Seiten dargestellte Waldflora

Dresdner, die man in Apotheken, Dro-
gerien und Reformhäusern beschaffen erhält.

Waldflora

— keine Test —

und die bewährten, ärztlich empfohlenen
Pilze- und Kräuter-Spezialitäten, die schon
Tausende von Menschen auf dem natürlichen
Weg zu neuer Lebenskraft und
Lebensfreude geführt haben.

Georg R. Pflug & Co., Dresden (18)

Zur Finanznot der sächsischen Gemeinden.

Der 2. Tag der Verhandlungen des Gemeindetages.

Dresden, 4. Dezember. Der zweite Verhandlungstag brachte nach kurzer Eröffnung durch den Oberbürgermeister Dr. Bläher, zunächst die mit Spannung erwartete Rede des Reichsministers a. D. Dr. Röhl, M.D.R., über

Die Finanzlage der Gemeinden.

Wir befinden uns in einer offenen und akuten Krise der gemeindlichen Selbstverwaltung schlechthin. Der ausschlaggebende, wenn auch nicht alleinige Grund liegt in dem Umstand, daß an vielen Stellen in Staat und Wirtschaft noch nicht wieder die wirkliche Bedeutung des viel gebrauchten Wortes erkannt ist, daß die Gemeinden die Urzellen des Staates sind. Ohne gesunde, lebens- und entwicklungsfähige Urzellen gibt es aber keine innere Gesundheit des Gesamtorganismus.

Die Krise der gemeindlichen Selbstverwaltung droht jetzt von der finanziellen Seite her zur Katastrophe zu werden. Den letzten beißen die Hunde, das ist im allgemeinen die triviale finanzpolitische Tendenz gegenüber den Gemeinden. „Ich nehme ich mir, was ich brauche“ sagt das Reich, „dann nehme ich mir, was ich brauche“ sagt das Land — und der Rest für die Gottlosen, für die Gemeinden! Ja, ist es denn nicht ganz logisch und richtig, wenn sich Reich und Länder erst einmal selbst eindecken? Nein, das wäre im letzten Grunde finanzpolitische Vergewaltigung. Die gerechte Würdigung der Zwangsläufigkeit und Dringlichkeit der Ausgaben ist der eine von den beiden Schlüsselelementen, der zweite Schlüssel ist die Gerechtigkeit. Über den Begriff der „Gerechtigkeit“ in einem Verteilungssystem werden die Ansichten naturgemäß von einander abweichen, und was einmal gerecht war, wird in der weiteren Entwicklung ungerecht werden können und umgekehrt, aber darüber kann keine Verschlechterung der Auffassung herrschen, daß offensichtliche Ungerechtigkeiten abgestuft werden müssen. Die Maßstäbe für die Aufteilung der Väterlichkeit an den Reichsteuern haben mehrfach gewechselt, der jetzt gültige Schlüssel führt zu schweren Unbilligkeiten gegenüber Sachsen. Mehr als 50 Millionen Mark sind bisher auf diese Weise Sachsen weniger zugewiesen worden, als es aufgebracht hat. Es wird niemand behaupten wollen, daß das ein gerechter Zustand ist.

Gerechtigkeit muß aber auch in jedem Verteilungssystem obwalten hinsichtlich der Würdigung der Zwangsläufigkeit und Dringlichkeit der Ausgaben.

Jeder der drei Gemeinschaftskörper hat ein zwangsläufiges Existenzminimum, auf dessen Gestaltung gerade die Gemeinden fast gar keinen Einfluß haben, das aber immer stärker zu belasten gerade die Tendenz der Reichsgesetzgebung ist; so daß jetzt mehr als 90 Prozent aller gemeindlichen Ausgaben zwangsläufig sind. Ob diese gesetzliche Zwangsläufigkeit immer eine absolute Notwendigkeit ist, darüber steht den Gemeinden im wesentlichen keine Entscheidungsmöglichkeit zu, und wer eine Beschränkung der Ausgaben der Gemeinden erstrebt, wird sich deshalb in ersten Linie an eine andere Adresse wenden müssen.

Es fehlt häufig die Auffassung wieder, daß die Finanzwirtschaft der Gemeinden es an der erforderlichen Publizität fehlen ließe. Keine Kritik ist unberichtigter wie diese. Die Haushaltspläne der Gemeinden werden vor breiterer Öffentlichkeit verhandelt, die Presse berichtet mit großer Ausführlichkeit gerade über die Probleme der kommunalen Finanzen; schon vor dem Kriege haben die bedeutenderen Städte Sachsen in periodischen Zwischenräumen gedruckte Verwaltungsberichte herausgegeben, jährlich erscheint in den Gemeinden ein ausführlicher Rechnungsbericht, der von den Gemeindevorständen geprüft wird, und die kommunalen Fachzeitschriften befassen sich dauernd und eingehend auch mit den kommunalen Finanzen. Die Ergebnisse der kommunalen Jahresstatistiken werden schon seit langer Zeit im statistischen Jahrbuch deutscher Städte veröffentlicht und die Mitteilungen des Städtebundes haben sich von jeher mit den kommunalen Finanzfragen beschäftigt. Wer also Ohren zu hören und Augen zum lesen und dazu die richtige Brille hätte, der konnte schon jetzt die Publizität der kommunalen Finanzwirtschaft haben.

Mit einem weiteren eingewurzelten Irrtum gilt es endgültig aufzuräumen, der dahin geht, daß die Gemeindefinanzen eine besondere Entlastung durch die Inflation, d. h. durch den teilweise Wegfall der kommunalen Anleihen erfahren hätten. Diese Auffassung übersteht zunächst einmal den Umstand, daß der Inflation sämtliche kommunale Referenz- und Betriebsfonds und sämtliche kommunale Stiftungen ebenfalls zum Opfer gefallen sind und daß die Aufgaben, die früher aus den Erträgen der geldlichen Fonds bestreitet werden konnten, jetzt aus laufenden Mitteln bestritten werden müssen. Weiter übersteht diese Auffassung, daß das Nachholen der während der Kriegszeit und der Nachkriegszeit zwangsläufig unterbliebenen dringenden Aufgaben (Straßenbau, Wohnungsbau, Versorgungsbetriebe usw.) einen neuen Anleihenraum bedingt, der einen viel höheren Zinsfuß hat, als der frühere. Es kommt hinzu, daß der dringendste Anleihenbedarf für die allernotwendigsten gemeindlichen Aufgaben auch heute noch nicht gedeckt ist und daß die Bestückung dieses Bedarfs nur künstlich und bis zu einem gewissen Grade gewaltsam zustandegehalten wird. Ein Verfahren, das die Gemeindefinanzen nicht etwa entlastet, sondern belastet, denn dringende Aufgaben, die nach normalen wirtschaftlichen Gelegenheiten aus Anleihemitteln zu bestreiten sind und nicht unterbleiben können, müssen dann aus laufenden Mitteln bestreitet werden und belasten dann die laufenden Finanzen natürlich mit voller Schwere oder sie unterbleiben und bedingen dann einen minderen Ertrag des Betriebes, denn diese Mittel versagt werden und eine viel teurere Durchführung, wenn nach unverhältnismäßig langer Unterlassung der Investierung der Anleihenmittel sich später doch noch eine solche durchsetzt. Völlig irrig ist die Auffassung, daß die Anleihen der Gemeinden zu nicht verantwortbaren Zwecken verwendet werden. Von den Auslandsanleihen, die etwa 20% der langfristigen Anleiheschulden ausmachen, sind 94 Prozent den Versorgungsbetrieben und Verkehrunternehmungen zugeführt, also zweifellos wirtschaftlich verwendet worden, in den Großstädten allein 83 Prozent für die Elektrizitätsbetriebe, deren Leistungsfähigkeit mindestens ebenso im Interesse der Kommunalwirtschaft wie der Privatwirtschaft liegt. Bei den Inlandsanleihen ergibt sich als Hauptverwendungszweck Wohnungs- und Siedlungsweisen; es folgen dann Straßen- und Wegebau, und auch hier noch mit einem beachtlichen Prozentsatz die Verkehrsunternehmen. Gerade den sächsischen Gemeinden darf man das Zeugnis ausschreiben, daß sie bewußt gewesen sind, bei der leichtmöglichen Kapitalbeschaffung sich streng an die Grundzüge einer geschützten und gesunden Finanzwirtschaft zu halten.

Der Anleihenbedarf der sächsischen Gemeinden wird noch auf absehbare Zeit stark bleiben. Die Gemeinden nehmen hierin kaum eine Sonderstellung ein, sondern so wie ihnen, geht es unserer gesamten Wirtschaft: ohne genügenden Kredit ist ein leistungsfähiger Betrieb nicht denkbar.

Ein dritter Irrtum, der häufig wiederkehrt, geht dahin, daß die Ausgaben der Gemeinden ganz unverhältnismäßig gestiegen seien, und daß in vielen Gemeinden unmittelbar Verschwendungen getrieben werden. Eine objektive Kritik erkennt, daß die überwiegende Mehrheit der gemeindlichen Ausgaben auf gesetzlicher Zwangsläufigkeit beruht und daß die Gemeinden verhältnismäßig die geringste Steigerung sowohl des Finanzbedarfs im allgemeinen, wie des Zu-

schuhbedarfs im besonderen zu verzeichnen haben. Die Kosten, die von den Gemeinden den Steuerzahlern zugemessen werden, sind bei weitem nicht so gestiegen, wie beim Reich und bei den Ländern. Seit 1918 bis zum Staatjahr 1925/26 stiegen die Steuereinnahmen der Gemeinden um 110 Prozent, aber die des Reichs um 102 Prozent und die der Länder um 190 Prozent. Abgesehen von den Gemeinden durch Neuverteilung von Aufgaben entstanden Erhöhungen ihres Zuflussbedarfs haben wir bei den Gemeinden eine Steigerung des Zuflussbedarfs, der das allgemeine Maß eher unterschreitet als überschreitet. Die Steigerung bei der allgemeinen Verwaltung der Gemeinden erklärt sich aus der Preissteigerung und damit der Gehaltssteigerung und aus dem zwangsläufig vermehrten Verwaltungsaufgaben. Die wirklich steuelfähigen Aufgaben der Gemeinden nehmen bei sehr weitgezogener Grenze dieses Begriffs nur noch 18 Prozent des Zuflussbedarfs in Anspruch, während sie 1918 nahezu ein Drittel des gesamten Zuflussbedarfs ausmachten.

Der zwangsläufig eingetretene Bedarfserweiterung der Gemeinden und der völligen Verschiebung der finanziellen Struktur ihrer Aufgaben steht, um das Wirkungsmaß zwischen dem tatsächlichen Bedarf und Deckung voll zu machen, eine Eingrenzung und Strukturwandlung der Deckungsmittel gegenüber. Wie liegen die Dinge hier in Sachsen?

Die Bedeutung der einzelnen Steuertypen innerhalb der Gesamteinahmen hat sich hinsichtlich der wentslichsten Steuern seit 1918 stark zuungunsten der Gemeinden verschoben.

Das Gesamtbild ist folgendes: Die Gemeinden sind von den ertragreichsten Steuern abgebrängt worden, aber trotzdem haben sie mäßiger angegriffen als Reich und Länder. Gleichwohl ist die Bedeutung der Steuern für die gesamte kommunale Wirtschaft gestiegen. Vor dem Kriege wurden rund 58 Prozent des Finanzbedarfs durch Steuern gedeckt, 1925/26 jedoch 60 Prozent. Die innere Struktur der kommunalen Steuern war vor dem Kriege eine völlig andere als jetzt. Die Einkommenssteuer und die Realsteuern machten früher 87,6 Prozent des gesamten kommunalen Steueraufkommens aus, heute nur noch 59,7 Prozent. Zur Auffüllung dieser Lücke sind teilweise neue Steuern hinzugekommen, wie z. B. die Haushaltsteuer mit ihren für den Finanzbedarf bestimmten Teilen, und es sind die kleineren Steuern vervielfacht worden. Weiterhin sind die Gebühren und Verwaltungsbeiträge angespannt worden, während die Reinüberschüsse aus dem Erwerbsertrag im ganzen gesunken geworden sind, obwohl einige Betriebe, wie vor allem die Elektrizitätswirtschaft, ihre Reinerträge gesteigert haben. Hier treten die Inflationsfolgen hart in Erscheinung. Die prozentual stärkste Steigerung in den kommunalen Finanzen zeigt auf der Einnahmeseite einen Posten, der unter der harmlosen Bezeichnung „Ausgleichsbetrag“ das ganze Finanzelend verbirgt, aber dem Kunden auch offenbart. Dieser Posten war schon im Jahre 1925/26 gegen 1918 um 755 Prozent gestiegen und enthält den Beitrag, der durch normale Einnahmen nicht erwirtschaftet, sondern durch Rückgriff auf Reserven, durch Vorwegnahme künftiger Einnahmen, durch Vorabnahme auf Leihen usw. gewissermaßen gewaltsam auf die Einnahmeseite gebracht wird.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß heute nur noch eine ganz geringe Zahl der sächsischen, wie überhaupt der deutschen Städte in der Lage ist, ihren Haushaltplan wirklich auszugleichen. Ja, man muß weitergehen und sagen, daß eine erhebliche Anzahl kleiner Gemeinden ihre Selbständigkeit bereits eingebüßt haben und Kostgänger des Ausgleichsbetrags geworden sind und nur noch Objekte der Aufrechnung der Umslagen der Bezirksverbände mit den an die Gemeinden gegebenen Staatsbeihilfen. Ein schlechthin unmögliches Zustand.

Die offen zutage tretenden Fehlbeträge in den Haushaltplänen der sächsischen Gemeinden haben schon für 1928 einen befürchteten Umlauf angenommen, für 1929 ist der Zustand kaum auszudenken, aber selbst dort, wo der Haushalt notdürftig im Gleichgewicht gehalten wird, ist das nur möglich durch höchst ungern Finanzmanipulationen. Es ergibt sich die Frage, wie den Gemeinden aus diesem finanziellen Elend herausgeholfen werden kann. Trotz mancher Verbesserung weisen die Steuern in Reich, Ländern und Gemeinden, in ihrer Gesamtheit gewichtet, ein System der Sozialungleichheit auf und alle drei Gemeinschaftskörper bestehen sich in ihrem steuerlichen Leben in einem Daueranstand vorläufigen Finanzausgleichs. Mit der Fortsetzung nach einem endgültigen Finanzausgleichsziel sollte man vorsichtig sein. Wohl aber sollen und müssen wir von Seiten der Gemeinden auf einen organischen, gerechten und zeitlich wentslich auf eine gewisse Periode feststehenden Finanzausgleich dringen.

Für die zu erreichende organische Ordnung des Finanzausgleiches müssen die Gemeinden nach wie vor das Zuslagsrecht zur Einkommen- und Körperverhetzung und an den Realsteuern fordern. Man sollte sich allerdings darüber äußern, die finanziellen Wirkungen dieses Zuslagsrechtes zu überprüfen, nachdem in einem völlig verfehlten Schematismus die Reichsregierung das steuerfreie Existenzminimum einheitlich für das ganze Reich immer wieder herausgesetzt hat, obwohl das tatsächliche Existenzminimum in einem entsprechenden Dorf natürlich ganz anders aussieht als in Berlin. Aber selbst wenn der finanzielle Erfolg dieses Zuslagsrechtes nur unbedeutend sein würde, ist dieses Recht im Interesse der finanziellen Verantwortlichkeit zu fordern. Selbstverwaltung ist ohne Selbstverhältnis einfach nicht denkbar und nur für denjenigen, der das Recht und die Pflicht hat, für seine Ausgaben auch die Einnahmen zu beschaffen, ist volle Verantwortung gegeben.

Im Interesse einer geordneten kommunalen Finanzwirtschaft müssen die Gemeinden weiter erwarten, daß nun endlich die Befreiung des § 54 gehoben wird, nach den Ländern und Gemeinden vom Reich keine neuen Ausgaben zugewiesen oder keine bestehenden wesentlich erhöht werden dürfen, wenn das Reich nicht für die Bereitstellung der er-

forderlichen Mittel Sorge trägt. Das Reich hat sich bisher mit geradezu souveräner Nichtachtung über diese Forderung hinweggesetzt.

Aber wir wollen in den Gemeinden nicht pharisäisch sein, und wollen bei der kritischen Würdigung der Dinge auch die Selbtkritik nicht ausschließen; und aus dieser Selbtkritik ergibt sich das Gebot, bei allen Bewilligungen zu Kosten der städtischen Finanzen bis an die äußerste Grenze der möglichen Sparsamkeit zu gehen. Es braucht nicht jedes Projekt gerade jetzt durchgeführt zu werden. Der berechtigte Ruf nach Einschränkung soll nicht nur für die anderen, sondern auch für uns gelten, auch wenn die Möglichkeit bei uns hierzu wesentlich geringer ist, als beim Reich.

Alle Betrachtungen über eine Befriedung unserer öffentlichen Finanzen und damit auch der kommunalen Finanzen münden immer wieder aus in die beiden unsre Zukunft bedingenden großen politischen Probleme. Das eine Problem ist die endgültige, im extrajudicialisch haltende Feststellung unserer Leistungen aus dem verlorenen Kriege. Es bedarf für keinen Einsichtigen einer näheren Betrachtung, wie ausschlaggebend unsere Steuernotwendigkeiten in Deutschland durch die Höhe der Reparationszahlungen bedingt werden. Aber ebenso wichtig ist das andere Problem, dessen bestreitende Lösung im Gegenzug zu dem ersten zu 100 Prozent von uns im deutschen Volke selbst abhängt, das ist die starke Vereinfachung und Zusammenfassung der staatlichen Struktur des Deutschen Reichs. Wir organisieren uns in Reich, Ländern und Gemeinden buchstäblich jeden Tag mehr auseinander. Gerade wir in den Gemeinden, die wir die Folgen dieser Desorganisation am stärksten und unmittelbarsten erkennen und fühlen, müssen mit dem Mut der Verzweiflung uns einzegen für den Renaissance des Reichs, in dem auch die Gemeinden wieder die Stellung haben, die ihnen soziologisch, staatsorganisatorisch und funktionell im Gesamtorganismus gebührt. Und wenn die Geschichte bereit ist von den anderen, die es antwort, es nicht sollte sagen können, so soll sie es doch von uns sagen: Sie hatten ihre Mission erfüllt. Sein oder Nichtsein des Deutschen Reichs und des Deutschen Volkes.

In seinem Vorreferat über die Finanzlage der Gemeinden führte Oberbürgermeister Altmühl-Freital u. a. aus: Etwa 80 Prozent aller sächsischen Gemeinden könnten ihre Rechnungen und ihren Haushalt trotz aller Sparansätze nicht mehr balancieren. Das Elend der Gemeindefinanzen gebe am besten aus der Tatsache hervor, daß in vielen Fällen der Einkommensertrag nur die Hälfte der Kosten für die Pflichtaufgaben der Wohlfahrtspflege decke.

Um der Finanzschwierigkeiten Herr zu werden, stellte der Vorreferat eine Reihe von Richtlinien auf, in denen u. a. gefordert werden: Verteilung des Reichshilfes nach Schlüpfen, die weitere Benachteiligung der industriellen Augustiner der agrarischen Länder ausdrücklich, Entschädigung Sachsen für ungerechte Schlüpfen des Reichshilfes, Verteilung seit 1924, Verabschiedung des Steuervereintragungsgesetzes in Verbindung mit dem endgültigen Haushaltsgleich, Änderung des Steuersystems unter Aufrechterhaltung der Steuerhöhe des Reichs und Ablehnung des gemeindlichen Zuschlusses zur Einkommenssteuer, ein Finanzsystem, das die Bedürfnisse des Reichs und die Entwicklung zum Einheitsstaat sicherstellt, Übernahme der Kosten für Kriegsopfer- und Rentnerfürsorge auf das Reich als nationale Pflichtaufgaben. Von der sächsischen Regierung wird erwartet, daß sie die vorstehenden Forderungen an das Reich unterfüge.

Die Neuwahl des Vorstandes.

Im Namen des innerhalb des Vorstandes bestehenden Wahlausschusses gibt Oberbürgermeister Lünn (Reichenbach) folgende Wahlvorschläge bekannt:

Bürgerliche Abgeordnete:

1. Kürze: Oberbürgermeister Dr. Bläher (Dresden), Oberbürgermeister Dr. Nothe (Leipzig), Oberbürgermeister Dr. Hößmann (Chemnitz). Für die Zusamm.: Oberbürgermeister Hols (Widau).

2. Kürze: Oberbürgermeister Preiser (Mittweida), Oberbürgermeister Dr. Lünn (Reichenbach i. B.), Erster Bürgermeister Dr. Lange (Borna). Für die Zusamm.: Erster Bürgermeister Dr. Böckel (Oelsnitz).

3. Kürze: Bürgermeister Gelbel (Kitschan), Bürgermeister Stöhr (Dittendorf), Bürgermeister Lügig (Vindenthal b. Leipzig). Für die Zusamm.: Bürgermeister Klinger (Siegmar).

Sozialdemokraten:

1. Kürze: Stadtverordneter Röß (Dresden), Stadtverordneter Steenel (Leipzig), Stadtverordneter Kurt Uhlig (Chemnitz). Für die Zusamm.: Stadtverordneter Eugen Weiß (Plauen).

2. Kürze: Erster Bürgermeister Uhlig (Radeberg), Oberbürgermeister Altmühl (Freital), Bürgermeister Oppermann (Göringswalde). Für die Zusamm.: Stadtverordneter Johannes Hoffmann (Wugau).

3. Kürze: Bürgermeister Schmidt (Mähnitz-Helleron), Bürgermeister Lünn (Burgstädt), Bürgermeister Pils (Stiebitz). Für die Zusamm.: Bürgermeister Junge (Mittelhermsdorf).

Die Kommunisten fordern für jede der drei Gruppen zwei Vertreter.

Stadtverordneter Röß, Dresden (Soz.) erklärt, daß seine Forderung für die unbefriedigten Vorschläge nicht stimmen werde. Wenn aber die Anträge der Sozialdemokraten zur Sitzung angenommen würden, so würde in Zukunft auch die kommunistische Partei im Vorstand vertreten sein.

Die Vorschläge der Kommunisten werden gegen deren Stimme abgelehnt. (Pfeile und Bärn bei den Komm.)

Mit großer Mehrheit werden danach die Vorschläge des Wahlausschusses angenommen. Damit ist der Vorstand neu gebildet.

Unter die

Zahlungsänderungen

erstattet Direktor Dr. Thielig im Namen des Vorstandes einen Bericht und bespricht die neue Fassung, die zur Annahme empfohlen wird.

Die Änderungen bringen gegenüber der bisherigen aus dem Jahre 1921 stammenden Fassung keine grundlegende Neuerung. Im § 5 ist nunmehr der Bürgermeister als wählbar aufgeführt, während in der alten Fassung

summarisch von Mitgliedern des Rats- und Stadtverordnetenkollegiums die Rede ist.

Stadtv. Mösch, Dresden (Soz.) begründet eine große Zahl von Anträgen seiner Partei zu der Sitzung. Insbesondere wird für die Zusammensetzung des Vorstandes

die Verhältniswahl gefordert. Auch für die Mitgliederversammlung wird die Verhältniswahl gefordert.

Gemeindeverordneter Neubert, Kirchau (Komm.) ist der Begründer von zahlreichen Anträgen seiner Partei. Darin wird u. a. verlangt, daß der Vorstand sich aus Gemeindeverordneten zusammensetze, entsprechend dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen bei der letzten öffentlichen Wahl.

Bürgermeister Seidel, Kirchau, bittet im Namen der Bürgerlichen, dem Sitzungsentwurf des Vorstandes zuzustimmen. Er sei in gemeinsamer Arbeit mit der anderen Seite vorbereitet worden. (Komm. d. Komm.) Der Redner bringt noch einen Abänderungsantrag ein und empfiehlt im übrigen, die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge abzulehnen.

Der Verhältniswahl werde die Bürgerliche Seite nicht zustimmen,

da diese eine Politisierung und Verschlagung des Gemeindetages bedeuten würde.

Oberbürgermeister Dr. Hartenstein (Leipzig) betont, daß man einen sachlich eingeklauten Gemeindetag brauche. Er dürfe sich zum Landesparlament entwickeln.

Stadtv. Herz, Arola, lehnt namens der Demokraten die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten ebenfalls ab. Das System der Verhältniswahl sei zweitklassig das gerechte, aber es mache sich allmählich zu einem Schleife aus und führe dazu, daß für einzelne Aufgaben nicht mehr diejenigen ausgewählt würden, die am beständigen dafür seien.

Stadtv. Mösch, Dresden (Soz.) bestreitet, daß der Sitzungsentwurf eine gemeinsame Arbeit der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten sei. Seine Partei sei bei der Beiratung überstimmt worden.

Die Abstimmung.

Für die Sitzungsänderung ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Es wird zunächst paragrafweise abgestimmt. Die kommunistischen Anträge werden sämtlich abgelehnt, ebenso im wesentlichen die sozialdemokratischen. Auch verschiedene Paragraphen in dem Entwurf des Vorstandes erreichen nicht die Zweidrittelmehrheit.

Es erfolgt nun die Gesamtabstimmung über die bis dahin angenommenen Änderungen, da sowohl die Sozialdemokraten, als auch die Kommunisten dagegen stimmen, ist die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht. Damit sind sämtliche Änderungen abgelehnt. Es bleibt also, wie Oberbürgermeister Dr. Blüher verkündet, alles im alten. (Große Heiterkeit. Zuruf: Hornberger Schieben!)

Am späten Nachmittag trat der Gemeindetag dann in die finanzpolitische Ausprache ein. Ein kommunistischer Antrag stellte eine Reihe radikaler Forderungen auf und rietete das Verlangen an die Arbeiterschaft, den Kampf gegen die Trustbourgeoisie mit aller Stärke aufzunehmen. An der ausgedehnten lebhaften Ausprache beteiligten sich weiter Bürgermeister Seidel-Kirchau, Bürgermeister Dr. Krug-Annaberg, Bürgermeister Granz-Umbach (Komm.), Bürgermeister Voigt-Burzen (Soz.), Bürgermeister Pöhl-Dörrdorf (Soz.), Stadtverordneter Müller-Pianig (Soz.), Stadtverordneter Högl-Dresden (Komm.).

In seinem Schlussswort warnte Reichsminister a. D. Dr. Hüls eindringlich vor einer Nebenöffnung des Gemeindetags in parteipolitischer Hinsicht. Es sei lächerlich, wenn die Gemeinden Staat wünschen wollten. Die Gemeinden dürften nicht zum Trummelslag politischer Kämpfe werden, da es um das Wohl der Gemeindigkeit gehe.

Die Abstimmung ergab die Ablehnung des kommunistischen Antrags. Da waren wurden die vom Oberbürgermeister Aimpel-Freital angestellten Richtlinien für die Finanzpolitik im wesentlichen angenommen. — Damit war die finanzpolitische Aussprache erledigt.

Oberbürgermeister Dr. Blüher bemerkte, daß man mit einer gewissen Betriedigung auf den Verlauf dieses Gemeindetags zurückblicken könne. Es sei gelungen, in gemeinsamer Vertretung der Interessen der Gemeinden ein kräftiges Wort zu sprechen als Bekanntnis zum deutschen Einheitsstaat, weiter unter Protest gegen alle Zentralisation ein kräftiges Wort über die finanzielle Not der Gemeinden und die Mittel zur Abhilfe. Er sei überzeugt, daß bei den Stellen, an die die Stimmen des Gemeindetages gerichtet seien, diese Stimmen nicht ungehört verhallen würden. Dr. Blüher sprach dann Danftsworte für die Referenten, das Büro des Gemeindetags, die ausscheidenden Vorstandsmitglieder und die Presse.

Bürgermeister Uhlig dankt im Namen der Verbindung den Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Blüher, für die umsichtige, entgegenkommende und beharrliche Leitung des Gemeindetages und der Stadt Dresden für ihre Gastfreundlichkeit.

Oberbürgermeister Dr. Blüher versichert, daß es der Stadt Dresden eine Ehre und Freude gewesen sei, den Gemeindetag zu beherbergen.

Kurz nach 8 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Steuervereinheitlichung und neue Reichstagsanträge.

vda. Berlin. Die Reichsregierung hat nunmehr öffentlich dem Reichstag das Steuervereinheitlichungsgebot vorgelegt. Aus den neu eingegangenen Reichstagsanträgen ist ein gemeinsamer des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, Demokraten, Wirtschaftspartei und Bayerischen Volkspartei hervorgehoben, der verlangt, daß das vorläufige Gutachten des Enquete-Ausschusses über die außerordentlich gefährliche Lage der ostpreußischen Landwirtschaft vorgelegt und daß beschleunigte Maßnahmen zur Abwendung dieser Gefahren getroffen würden.

Die Deutsche Volkspartei verlangt in einem besonderen Antrage noch ein Reichsobeamungsgesetz als Rahmengesetz, wonach die Länder dann Ausführungsbestimmungen über Ausbildung, Altersversorgung usw. der Gedanken erlassen sollen. Die gleiche Partei möchte ferner, daß die Bekämpfung über die Vergabe von öffentlichen Mitteln an österreichische Familien zum Bau von Eigenheimen eine fühlbare praktische Auswirkung erfahren.

Schließlich ist aus einer kommunistischen Interpellation über die Haltung der Deutschen Volkspartei beim, des ihr nahe liegenden Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zur Frage der Unterstützung der Ausgebetteten der Basis herzugehören, worin nach den Volksparteien gezeigt wird, daß die Reichsregierung dem Innenminister Severing „als Reichsvermittler für die Abwürfung des Kampfes“ zugunsten der Unternehmen“ gegeben habe.

Severing in Essen, Duisburg und Düsseldorf.

Giessen (Teil). Über die Befreiung des Innensenisters Severing am Dienstag vorwitzig in Essen in der Hauptgeschäftsstelle mit den Vertretern des DAW, was noch nichts zu erfahren. Gegen Mittag fuhr der Minister nach Duisburg, wo er in der Hauptgeschäftsstelle des Christlichen Metallarbeiterverbandes eine Ansprache mit den Gewerkschaftsvertretern hatte. Wie aus Berichten dieses Ver-

Zweiter Tag der Landwirtschaftsdebatte im Reichstag.

vda. Berlin, am 4. Dezember.

Dr. Breit (W.-P.) gegen einen Beschluss des Reichstagsrates, durch den die Verteilung der Ausbau-Güte zu ungünstigen Wirtschaftspartie reduziert werden sei. Zu solchen Beschlüssen sei der Reichstagsrat nach der Geschäftsordnung gar nicht berechtigt.

Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.) erklärt demgegenüber, der Beschluss des Reichstagsrats entspreche der jahrelang geübten Praxis.

Abg. Dr. Breit (W.-P.) beantragt, die Angelegenheit dem Geschäftsbüro und Ausbauschulz zu überweisen und es bis dahin beim alten zu lassen.

Nach weiterer Geschäftsbüro und Ausbauschulz-Diskussion wird beschlossen, in der Kommissionssitzung den Zustand wieder herzustellen, der vor dem Beitritt der Deutschen Bauernpartei zur Gründung der Wirtschaftspartei bestand.

In der dann folgenden Fortsetzung der Ausprache über die

Auflösung der Landwirtschaft

führt Abg. Freese (W.-P.) aus, die Not der Landwirtschaft sei eine Folge der verfehlten Wirtschaftspolitik, die seit der Staatsumwandlung getrieben worden sei. Die Siedelung von Bauernfamilien in der Ostmark müsse gefördert werden. In der Wirtschaftspolitik sollte die Landwirtschaft zur Standardisierung ihrer Waren übergehen. Sie sollte auch bei anderen Produkten sich mehr den Bedürfnissen der Verbraucher anpassen, um dem Ausland gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben. Die Zollförderung für Güter sei zu begrenzen, aber sie dürfe nicht an einer Liebesgabe für die Großindustrie werden. Die Regierung sollte endlich einen klaren endgültigen Vertrag auf die Weinsteuer aussprechen. Das zollfreie Getreidekontingent müsse vollkommen aufgehoben werden unter allgemeiner Herabsetzung des bestehenden Zollsatzes. Vor allem müsse dem im Ausbau absehbaren Antrag der Wirtschaftspartei entsprechend das schwere System der Getreidesteuer-Verteilung geändert werden. Der ostpreußischen Landwirtschaft könnte am besten geholfen werden durch eine Herabsetzung der Frachtkosten für Lebensmittel. Die Landwirtschaft könnte nur gemeinsam mit dem Mittelstand an der Belebung ihrer Notlage arbeiten.

Abg. Tanzen (Dem.) meint, der deutsche Landwirtschaft könne nur geholfen werden, wenn die Landwirte sich selbst verständigen und über die Partikulargrenzen hinweg die Landwirtschaftspolitik nach rein sozialen Gesichtspunkten treiben. Man darf nicht klein gegen groß, Norden gegen Süden, Fächer gegen Verpächter auspielen wollen. Außerdem muß die Landwirtschaft einsehen, daß sie nicht isoliert voneinander, sondern nur in Verbindung mit allen anderen Wirtschaftsprüfung vormals kommen kann. Die Grundlagen der deutschen Landwirtschaft sind noch gelöst, aber die Gefahr für ihre Existenz war noch niemals so groß wie jetzt. Wir verkennt nicht die Not der städtischen Verbraucher und wissen, daß die Not der hungrigen Arbeitslosen in dieser Form auf dem Lande nicht vorhanden ist. Die Not der Bauern ist anderer Art. Zum gleichen Stück Boden, mit dem er durch Generationen verwachsen ist, unter den Jüchen weg und er kann trotz aller Arbeit gegen diese zunehmende Verschuldung nicht ankämpfen. Die Hilfsmaßnahmen jeder Regierung können immer nur eine bedarfsmäßige Wirkungsmöglichkeit haben. Alle landwirtschaftlichen Produkte liegen unter dem Preisniveau der übrigen Waren, nämlich weit unter den sonst üblichen 150 bis 180 Prozent der Vorkriegszeit. Die Not der Landwirtschaft ist allgemein und trifft wie die Bauern auch den Großarbeitsmarkt, der verschuldet ist.

Abg. Dr. Horlauch (Bayer.-P.) weist auf die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft hin, die sich in einer Massenerzeugung äußere, die allen an Fleisch, Fleisch und Speck über neun Milliarden Mark jährlich beträgt. Die eingeschlagene Bedeutung der Agrarwirtschaft für die deutsche Gesamtwirtschaft werde jetzt auch von links nicht mehr gelehnt.

Abg. Schmidt-Röpenack (Soz.): Bei der Gutsberatung sind Einschätzungen angenommen worden, über die Lage der Landarbeiter, über die soziale und steuerliche Belastung der Landwirtschaftsbeamten vorauszusehen. Wir möchten, daß diese bald vorgelegt werden. Man spricht immer von der Not der Landwirtschaft. Die erkennen wir bedingt an, wenden aber gegen Übertriebungen. Die Statistik, die von der Enquete-Kommission veröffentlicht wurde, stützte sich auf Material, das vom Deutschen Landwirtschaftsrat geliefert wurde und das sich überall da, wo man es nachprüfen konnte, als fehlerhaft herausgestellt hat. Die deutschen Arbeiter glauben einfach nicht mehr an die Milchmädchenrechnungen. Man kann nicht Jahrzehntelang behaupten, daß man in jedem Jahr 15 bis 20 Prozent von der Substanz zu zieht. Große Spekulationsgewinne wie in Industrie und Handel werden in der Landwirtschaft nicht gemacht, aber es trifft nicht zu, daß die Landwirte ihren Lebensunterhalt nicht finden könnten. Die deutsche Arbeiterschaft will nicht durch ihre Steuergroßen eine Subventionspolitik für unwirtschaftlich geleitete Landwirtschaftsbetriebe ermöglichen.

Reichsvermögensminister Dietrich beantwortet dann die Interpellationen angenommen des Reichstags. Er weiß darauf hin, daß die Finanzämter von sich aus nach Eingehen der ersten Nachrichten über die Großsteuern bereits Steuererleichterungen gewährt hätten. Begegnungen geringen Einkommens und Vermögens seien die Winzer von den Reichsteuern größtenteils überhaupt befreit. Die Zinsen der Winzerkredite wurden zunächst gestundet. Um für die Zukunft große Großstädte nach Möglichkeit auszuholen, sei im Innervernehmen mit den Ländern ein Zusammenschluß eingefordert worden, dem die Großstadt nicht beitreten darf. Die Statistik, die von der Enquete-Kommission veröffentlicht wurde, stützte sich auf Material, das vom Deutschen Landwirtschaftsrat geliefert wurde und das sich überall da, wo man es nachprüfen konnte, als fehlerhaft herausgestellt hat. Die deutschen Arbeiter glauben einfach nicht mehr an die Milchmädchenrechnungen. Man kann nicht Jahrzehntelang behaupten, daß man in jedem Jahr 15 bis 20 Prozent von der Substanz zu zieht. Große Spekulationsgewinne wie in Industrie und Handel werden in der Landwirtschaft nicht gemacht, aber es trifft nicht zu, daß die Landwirte ihren Lebensunterhalt nicht finden könnten. Die deutsche Arbeiterschaft will nicht durch ihre Steuergroßen eine Subventionspolitik für unwirtschaftlich geleitete Landwirtschaftsbetriebe ermöglichen.

Reichsvermögensminister Dietrich

beantwortet dann die Interpellationen angenommen des Reichstags. Er weiß darauf hin, daß die Finanzämter von sich aus nach Eingehen der ersten Nachrichten über die Großsteuern bereits Steuererleichterungen gewährt hätten. Begegnungen geringen Einkommens und Vermögens seien die Winzer von den Reichsteuern größtenteils überhaupt befreit. Die Zinsen der Winzerkredite wurden zunächst gestundet. Um für die Zukunft große Großstädte nach Möglichkeit auszuholen, sei im Innervernehmen mit den Ländern ein Zusammenschluß eingefordert worden, dem die Großstadt nicht beitreten darf. Die Statistik, die von der Enquete-Kommission veröffentlicht wurde, stützte sich auf Material, das vom Deutschen Landwirtschaftsrat geliefert wurde und das sich überall da, wo man es nachprüfen konnte, als fehlerhaft herausgestellt hat. Die deutschen Arbeiter glauben einfach nicht mehr an die Milchmädchenrechnungen. Man kann nicht Jahrzehntelang behaupten, daß man in jedem Jahr 15 bis 20 Prozent von der Substanz zu zieht. Große Spekulationsgewinne wie in Industrie und Handel werden in der Landwirtschaft nicht gemacht, aber es trifft nicht zu, daß die Landwirte ihren Lebensunterhalt nicht finden könnten. Die deutsche Arbeiterschaft will nicht durch ihre Steuergroßen eine Subventionspolitik für unwirtschaftlich geleitete Landwirtschaftsbetriebe ermöglichen.

Severing gegen Mahnregelungen.

Wie der "Vorwärts" meldet, gab Reichsminister Severing im Verlauf der Besprechungen mit den Gewerkschaftsführern in Essen u. a. der Schwartung Ausdruck, daß Mahnregelungen von Arbeiters- und Betriebsräten unter allen Umständen unterbleiben. Eine entsprechende Verfügung stellte er in Aussicht.

Severing gegen Mahnregelungen.

Wie der "Vorwärts" meldet, gab Reichsminister Severing im Verlauf der Besprechungen mit den Gewerkschaftsführern in Essen u. a. der Schwartung Ausdruck, daß Mahnregelungen von Arbeiters- und Betriebsräten unter allen Umständen unterbleiben. Eine entsprechende Verfügung stellte er in Aussicht.

einverstanden, daß die Subventionspolitik aufzuhören muß. Man kann es aber keine Subventionen nennen, wenn Kreise nebenbei werden zu Sünden, wie sie die Landwirtschaft erschwingen. Das Demonstrationen keinen Zweck haben, werden die verhinderten Landwirte schon eingehen haben. Es ist auch richtig, daß die Arbeit für die Landwirtschaft unbedingt erlaubt wird, wenn in Niedern auf dem Lande die wölfische Bevölkerung verlegt und belebt wird. Wir wollen gemeinsam in sachlicher Weise an der Abstellung der landwirtschaftlichen Ressourcen arbeiten.

Abg. Drewitz (W.-P.) beantragt, mit Rücksicht auf die schwache Belegung des Saales die Weiterberatung zu verlegen.

Auf die Alarmstunde des Präsidiums kommen die Abgeordneten aus der Wandelsalle in den Sitzungssaal.

Abg. Obbe (Soz.) verweist auf den Beschluss des Reichstags, die Ausdrucksrede zu Ende zu führen. Während der Rede des Abg. Tanzen sei die Wirtschaftspartei auch nicht im Saale gewesen. (Heiterkeit.)

Abg. Drewitz (W.-P.): Wir sind hinausgegangen, weil bei der Rede des Wirtschaftspartei die Demokraten auch einen Vorschlag im Saale hatten. (Heiterkeit.)

Der Vorschlagsantrag wird abgelehnt.

Abg. Haas (Dnat.) berichtet die Notlage der Winzer. Der deutschnationale Antrag auf Hinausschiebung des Rückzahlungstermins der Reichswinzerkredite sollte schon heute angenommen und nicht dem Ausbau überwiesen werden.

Abg. Dietrich (Komm.) verlangt Erhöhung des zollfreien Getreidekontingents.

Abg. Graf zu Solms (Dfp.) fordert schräge Hilfe für die ostpreußische Landwirtschaft, bei der die Notlage besonders schwer sei.

Abg. Sandorfer (Dt. Bauernp.) meint, die Eisenbahnsiedlung in Bayern müsse für landwirtschaftliche Produkte und Holz ermächtigt werden. Große Erhöhung schaffe das zügliche Loslösen von der Finanzämter gegen die Bauern. Das Gericht von einer bevorstehenden Blei- und Hosenbauern sehr geschädigt. Der Redner bedauert den heutigen Beschuß, durch den die Bauernvertreter aus den Auschüssen ausgeschaltet worden seien.

Abg. Peters-Hannover (Dt. Hannov.) bedauert, daß weder der Minister Schiele noch der Minister Dietrich eine durchgreifende Änderung der Zoll- und Handelsvertragspolitik in Angriff genommen hätten.

Abg. Gramm (Dfp.) warnt den Minister davor, bei der Zollverhöhung die Rübenpreise für die Landwirte zu niedrig festzulegen.

Abg. Häuse (Chr. Bauernp.) fordert Mittel für eine Verbesserung der Organisation des Honighandels. Abg. Breit (W.-P.) tritt nochmals dafür ein, den Gemeinden ein höheres Kontingent Getreide zu überlassen.

Damit schließt die Ausprache.

Die meisten der vorliegenden Anträge werden teils dem Wirtschaftspartei-Ausschuss, teils dem Handelsausschuss, dem Steuer-Ausschuss, dem Diskussionsausschuss oder dem Ausbau-Ausschuss übertragen.

Sofort angenommen wird ein Zentrumsantrag, der eine Erleichterung der Belastung der Landwirtschaft durch Rentenbankzinsen fordert, ebenso ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der bei der Einziehung von Reichsteuern Rückzahlung aus die katastrophale Lage der ostpreußischen Landwirtschaft verlangt, weiter ein Zentrumsantrag, der vorbeugende Maßnahmen gegen die Einführung ausländischer Lebensmittel wünscht.

Gebung des Stellungsaufschlags. Anschluß der Lohnbeschwerden an die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, einheitliche Viehherrschensbelästigung und schnellere Veröffentlichung der Viehherrschensergebnisse sind die Forderungen weiterer Anträge der Deutschen Volkspartei, die sofort angenommen werden.

Ein ferner angenommener Antrag der Deutschen Nationalen erfüllt um schräge Vorlegung des Berichts über die Gewerbeaufsichtsverhältnisse der Landarbeiterinnen und über die Erhaltungsfähigkeit in den Landarbeiterfamilien.

In namentlicher Abstimmung wird ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung des zollfreien Getreidekontingents um 100 000 Tonnen mit 218 gegen 180 Stimmen bei sechs Enthaltungen abgelehnt. Für den Antrag haben mit den Antragstellern auch die Sozialdemokraten gestimmt. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Erhöhung des Kontingents um 70 000 Tonnen wird gleichfalls abgelehnt, ebenso der Antrag der Wirtschaftspartei auf andere Verteilung des Kontingents.

Um 8½ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 11. Dezember, 8 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge für ein Rentenversorgungs-Gesetz und verschiedene internationale Verträge.

Hinausschiebung der Erhöhung der periodischen

Grundarbeitsentgelte.

Abg. Berlin. Der Generalsekretär des Reichstags berichtet am Dienstag einen deutschnationalen Antrag auf Aufhebung der sog. periodischen Grundarbeitsentgelte. Diese Steuer wird innerhalb bestimmter Zeiträume je einmal von dem Grundbetrieb eingezogen, der an sich unbedeutend ist und insgesamt niemals zur Grundarbeitsentgelte beitragen würde. Sonderlich handelt es sich dabei um den gebundenen Grundbetrieb in Fabrikkommission usw. In der Debatte erklärte sich Staatssekretär Döpiz namens der Reichsregierung mit

schließlich auf die neuzeitige Zeitung zu leben. Es liegt darin eine Gefahrengefahr, die besonders schwer angeschlagen werden kann, der Katastrophen zu beurteilen ist. Bei den beiden anderen Angeklagten ist ein Verhältnis nicht festzustellen gewesen.

Politische Tagesübersicht.

Eine neue deutschsprachige Zeitung in Lothringen. Eine in Straßburg gedruckte und für Lothringen bestimmte neue deutschsprachige Zeitung, die "Lothringen Neueste Nachrichten", die ein Tochterblatt der äußerst regierungskundlichen und autonomistisch-tendenziellen "Straßburger Neuesten Nachrichten" ist, wird jetzt ungentiltsch bis Neu Jahr in ganz Lothringen verteilt. Die unabdingbare Freiheit brachte diese Neuerscheinung als Versuch, die öffentliche Meinung Lothringens im Sinne der französischen Regierung zu beeinflussen.

Der Kelloggspakt vor dem amerikanischen Senatsausschuss. Der Kelloggspakt wird am Mittwoch in Gegenwart Kelloggs im Senatsausschuss besprochen werden. Dem Senatsvenerum wird er aber wahrscheinlich erst nach der Verabschiedung der Flottenvorlage vorgelegt werden.

Panzerwagen und Bombenflugzeug gegen die Aufständischen in Afghanistan. Wie aus Peshawar gemeldet wird, ist eine afghanische Panzerwagentruppe mit Waffenmehrern in Jalalabad eingetroffen. Die Aufständischen haben nach den erfolglosen Bemühungen König Amanullah, zu einem Ausgleich mit den aufständischen Stämmen zu gelangen, Befehl erhalten, die Straße Datta-Jalalabad mit Bomben zu beladen. Der Mullah von Ghinsur, der die rebellischen Stämme zum Aufstand gegen König Amanullah aufgefordert hat, ist gefangen genommen worden.

Auch die Kommunisten lenken im Ruhegebiet ein. Die "Rote Fahne" veröffentlicht einen Aufruf der "Zentralen Kampfleitung" der ausgewählten Metallarbeiter, worin nach Wiederholung der bekannten Angriffe auf die Gewerkschaftsführer die Arbeiter aufgerufen werden, geschlossen in die Betriebe zurückzukehren.

Absturz von Wilhelm Herzog aus der S. B. D. Laut "Roter Fahne" wurde der Schriftsteller Wilhelm Herzog aus Berlin von der kommunistischen Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Kauffnau wegen partizipativen Verhaltens aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er wiederholt keine persönlichen Interessen dem Interesse der Partei vorangestellt habe.

Zumult im Kielner Rathaus. In der Sitzung der Stadtverordnetenkollegen kam es gestern abend im Anschluß an die Beratung eines Antrags des Kommunisten, der sich mit der Erhöhung von Gewerkschaftsunterstützungen befaßte, zu einer Schlägerei zwischen einem sozialdemokratischen und einem kommunistischen Stadtverordneten. Der Oberbürgermeister unterbrach die Sitzung und verließ den Saal. Ihm schloß sich der größte Teil der Stadtverordneten an. Die Galeriebesucher, die sich in der Hauptfläche aus Gewerkschaften zusammenlebten, stimmten die Internationale an und verließen unter stürmischen Protesten den Sitzungssaal. Nach Wiederherstellung der Ordnung wurde die Sitzung weiter geführt. Der Oberbürgermeister erzielte einen kommunistischen Stadtverordneten einen Ordnungsruf.

Baron Gilbert bei Poincaré. Ministerpräsident Poincaré hatte gestern nachmittag eine anderthalbstündige Unterredung mit dem Generalagenten für Reparationszahlungen, Baron Gilbert, über Fragen, die die derzeitigen Verhandlungen über die Regelung der Kriegsschulden betreffen.

Frankfurter Industrie-Spionage.

Vgl. Vor dem erweiterten Schöffengericht Ludwigshafen beginnt am Dienstag die Verhandlung gegen vier ehemalige Angeklagte und Arbeitnehmer des Oppauer Werkes der F. G. Farbenindustrie, die beschuldigt sind, Fabrikationsgeheimnisse an Ausländer, u. a. an den Inspektor der französischen Surete, Stössel, und an einen gewissen Nordel, den Vertrauensmann einer französischen Industrie-Spionage-Organisation, gegen Entgelte verraten zu haben. Ein Teil der Angeklagten ist schon vorbestraft.

Angeklagt sind der Laboratoriumsarbeiter Fritz Hellmann, der Monteur Schwarzwälder und der Laboratoriumsarbeiter Richard Müller und Michael Magin. Die Angeklagten werden auch beschuldigt, mit der Surete Beziehungen unterhalten und dieser Nachricht über die Organisation der Spione usw. zugeleitet zu haben. Ein Teil der Angeklagten ist schon vorbestraft.

Hellmann gab bei der Vernehmung zu, an Stössel Beichte geleistet zu haben über Laboratoriumsbesuch im Oppauer Werk. In Mainz, wohin er auf Einladung gereist sei, wäre er von einem unbekannten Herrn am Bahnhof angesprochen worden und mit seinem Begleiter zusammen in die französische Kaserne gegangen, wo ihm bedeckt wurde, daß er durch den Vertret der Vertretung des Reichsbeamten seine viel Geld verdienen würde. Wie der Angeklagte später erfuhr, handelte es sich bei seinem Begleiter um den Inspektor der Surete, Stössel. Der Angeklagte hat sich bereit erklärt, Material zu liefern und wurde bei einem späteren Besuch auch mit Nordel bekannt, der ihm ebenfalls Angebote machte, ihm über Fabrikationsgeheimnisse, wie u. a. über Herstellung des synthetischen Benzins Mitteilung zu machen. Schwarzwälder hat noch Angabe Hellmanns in der Spionageaffäre die Rolle eines Vermittlers mit den Franzosen gespielt und diesen auch eine ganze Reihe verschiedener Geheimnisse geliefert. Hellmann selbst hat für jeden geleisteten Bericht 50 RM. und außerdem durch Vermittlung des Schwarzwälders etwa 210 RM. erhalten.

Den Angeklagten Müller hat Hellmann mit Stössel bekanntgemacht, worauf Müller diesem verschiedene Fabrikationsgeheimnisse mitteilte. Das Gleiche sei mit Magin der Fall gewesen. Hellmann gab zu, gezeigt zu haben, er wende sich an die Engländer, die bedeutend besser bezahlten als die Franzosen.

Der zweite Angeklagte, Schwarzwälder, ist ein Mann mit bewegter Vergangenheit, der u. a. auch an der Separatistbewegung teilgenommen hat. Auch dieser Angeklagte war im wesentlichen geständnis. Das Hauptinteresse der Surete hat nach seiner Aussage darin bestanden, die Fabrikpläne der F. G. Farbenindustrie zu bekommen. Man hätte ihm eine sehr hohe Summe geboten, wenn er die Originalepuren der Pläne vom Oppau, Ludwigshafen, Höchst und Leverkusen überbringen könnte. Der Angeklagte will aber dieses Ansuchen wegen zu großer Gefährlichkeit abgelehnt haben. Durch Stössel lernte Schwarzwälder den Chef der Surete in Ludwigshafen kennen, der von ihm Material über die Reichswehr, die Polizei, der Kriegsindustrie usw. haben wollte.

Hellmann bot dem Beweis dafür an, daß deutsche Polizeibeamte in Ludwigshafen in Beziehungen zur Surete standen und für sie Geheimschilde geleistet hätten. Hierüber und über eine Reihe anderer Punkte wurde in einer nichtöffentlichen Sitzung verhandelt, die die Angeklagten sich mit Rücksicht auf die Belastung weigerten, sich über die Rolle der Surete im einzelnen öffentlich zu äußern.

Bedeutung und Aufgaben der Länderkonferenz.

In der Reihe der Vorträge über Verwaltungsumform, die die Verwaltungsschule veranstaltet, sprach am Montag abends in der Universität der ländliche Minister des Innern, Prof. Dr. Apelt, über das Thema "Die Bedeutung und Aufgaben der Länderkonferenz".

Der große Saal 88 der Universität war bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den Anwesenden demerkte man u. a. den Reichs-Sparkommissar, Minister Sönnich und den Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Sauter. Der Vortragende schilderte zunächst die äußere Lage der Konferenz. Zum ersten Male im Januar dieses Jahres zusammengetreten, hat die Konferenz im Laufe des Jahres mehrere Male getagt und dabei die Notwendigkeit einer Verwaltungs- und Verfassungsreform nach allen Seiten beleuchtet. Greifbare Ergebnisse hat sie zwar nicht gehabt, und man ist deshalb in vielen Kreisen von ihren Arbeiten enttäuscht gewesen. Aber sie hat gezeigt, daß der Gegenstand, den sie behandelt, immer weitere Förderung verdient. Die eigentliche politische Aktion ist ja auch nicht Sache der Konferenz, sondern muß, wenn die theoretischen Arbeiten beendet sind, vom Reichs-, d. h. von der Reichsregierung und dem Reichstag ausgehen. Das Ergebnis der Arbeiten der Konferenz ist die Bildung des Deutschen Einheitsstaates. Die Arbeit selbst soll den geplanten Weg zur Errichtung dieses Ziels ausfindig machen. Die Konferenz hat zwei Abschlußeingesetz und diese wiederum Berichterstattungen für alle Einzelheiten. Mitte Januar kommenden Jahres wird die nächste Sitzung der Berichterstattungen stattfinden, und man kann erwarten, daß an diesem Termin positive Vorschläge gemacht werden können.

Der Vortragende behandelte dann die Einzelvorschläge, die man gemacht hat, um das Ziel der Konferenz, den Einheitsstaat zu erreichen. Drei Gedanken haben sich dabei als führend erwiesen:

1. Es sollen sich alle Länder Preußen anschließen, dann ist der Einheitsstaat praktisch geschafft.

2. Das Reich soll immer mehr Macht an sich ziehen und so die Länder allmählich an sich binden, bis sie nur noch ein Scheindorf sind und dann sich von selbst auflösen.

3. Die leistungsschwachen Länder sollen vom Reich als Reichsländer übernommen werden, die anderen würden dann folgen.

Die drei Vorschläge sind alle als unpraktisch abzulehnen. Dann befürchtet der Redner den Vorschlag des Vaterbundes zur Erneuerung des Reichs, der sich einstweilen mit

der Zwischenlösung des norddeutschen Einheitsstaates aus Preußen, das sich als eigener Staat auflösen möchte. Hessen und den norddeutschen Staaten beginnen will. Diesen Vorschlag erklärte der Redner als von den Ereignissen überholt. Außerdem sei es ein gewaltiger politischer Fehler, mit Zwischenlösungen zu arbeiten. Daß man in Weimar eine Zwischenlösung geschaffen habe, sei infolge des starken äußeren und inneren Drucks, unter dem die Nationalversammlung gekommen habe, entschuldbar gewesen. Aber jetzt dürfe es keine Zwischenlösung mehr geben. Es sei besser, abzuwarten, bis die Dinge reif geworden wären, und solange den gegenwärtigen Zustand zu erringen. Inzwischen hätten wir die psychologischen Voraussetzungen für den Einheitsstaat zu schaffen.

Der Redner wandte sich dann seinen eigenen Vorschlägen zu und führte aus: Das Hauptproblem ist das Problem Preußen und Reich. Diese Frage darf man aber nicht auerklären, sondern muss erst noch einige Vorträge stellen. Was soll z. B. aus den kleinen leistungsschwachen Ländern werden? Sie müssen in einem größeren Ganzen, der Reichsprovinz verschwinden. Die Mittelstaaten Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen und die Hansestädte müssen auch künftig im Rahmen des Einheitsstaates eine eigene Existenzberechtigung haben, freilich als Provinzen des Reiches. Wichtig ist die Gestaltung eines einheitlichen Verwaltungsdamparates. Wir dürfen nicht zu einem zentralistischen Einheitsstaat nach dem Muster des französischen Präfekturstaates werden, da darunter die Selbstverwaltung leidet würde. Man wird die Aufgaben untersuchen müssen, inwieweit sie sich für zentralistische oder für regionale Lösung eignen. Kulturelle Fragen z. B. können zum großen Teil regional erledigt werden. Das aber zentralistisch geregelt wird, soll dann auch bürokratisch verwaltet werden. Man muß nur eine Verbindung zwischen zentralistisch-bürokratischer Verwaltung und regionaler Selbstverwaltung finden. Es wird sich dann für das Reich folgender Anfangszug für Verwaltungsaufgaben ergeben: Als Unterbau die Gemeinden und Kreise mit eigener Selbstverwaltung, als Mittelinstantz die Provinz und als Oberinstanz das Reich. Es kommt dann noch darauf an, ob es möglich ist, eine Aufsichtsverwaltung zu schaffen, damit dem Reich nur die Geschäftsgabe zufällt, während die Provinzen die Ausführungen zu leisten haben. Preußen soll man unbedingt noch halten als ein Untergesinde des Reiches,

Hilfe für die älteren Angestellten.

Erneute Eingabe an den Reichstag.

* Berlin. (Telunion.) Der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat sich erneut in einer längeren Eingabe an den Reichstag gewandt. In dieser Eingabe werden folgende Forderungen vertreten:

1. Die Arbeitgeber sollen verpflichtet werden, alle freien Stellen genäß dem anliegenden Gesetzentwurf vorzugsweise mit älteren Angestellten zu besetzen.

2. Die Vorrechte des Angehörigenversicherungsgesetzes sollen dahin geändert werden, daß a) das Alterstreibjahr berechtigt nach Vollendung des 60. Lebensjahres zu gewähren, b) die Rentenleistungen nur an eine Wartezeit von 60 Beitragsmonaten gebunden sind.

3. Die Begrenzung der Altersunterstützung für ältere Angestellte soll auf 52 Wochen festgesetzt und die Überführung in die Wohlfahrtspflege befehligt werden. Die Forderungen werden in eingehender Weise begründet. In dem angefügten Entwurf eines Gesetzes über die Unterbringung erwerbsloser Angestellter wird u. a. verlangt, daß sich die Bevorzugung bei der Beisetzung von freien Stellen auf Angestellte bezieht, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, beziehen soll. Als Voraussetzung soll eine mindestens 10-jährige verpflichtungspflichtige Beschäftigung gelten und eine dreimonatige, genehmigte Überbeschäftigung. Die Verpflichtung der Arbeitgeber soll zudem, sofern der Arbeitgeber mehr als 30 v. H. ältere Angestellten-Stellungen mit Angestellten im genannten Sinne beklebt hat.

3,3 Milliarden öffentliche Rentenlasten!

ofo. Berlin. Der Handelskongress des Reichstages lehrt am Dienstag die Debatte über die Wirtschaftsbeamten fort, wobei Abg. Schmidt (Dnat.) den guten Willen mancher Reaktion, namentlich der Reichspol., für die Einführung der Wirtschaftsbeamten vermisste. Man sollte im Staat wieder die Bewertung aufnehmen, daß jede zweite frei werdende Stelle mit einem Wirtschaftsbeamten zu besetzen sei. Abg. Schulz (DD) pflichtete diesen Beschwerden bei; er forderte, daß man durch Abfindungsummen den Wirtschaftsbeamten den Übergang in den Bürostand erleichtern solle. Ministerialdirektor Dr. Rosenthal verzweifelte nochmals daran, daß ein Gesetzgeber für die Wirtschaftsbeamten in Bereitschaft sei. Nachdem dann Abg. Goppel (Soz.) nochmals die ablehnende Haltung der Postverwaltung für die Wiedereinstellung der Wirtschaftsbeamten kritisiert hatte, gab Abg. Erking (Str.) bei Schilderung der Praxis des Beamtenabbaus, durch den ja auch die Wirtschaftsbeamten hauptsächlich entstanden, einen bemerkenswerten Nebeneffekt über die tatsächliche Höhe der öffentlichen Rentenlasten, um daraus das Ergebnis zu knüpfen, die Steuerzahler nicht unzufrieden durch die Gutschriftigungsberechtigte Nachhaltung noch Dienstälterer Beamter in den Bürostand zu belassen. Nach seinem Zahlenmaterial beträgt die Rentenlast des Reichs 400, außerdem die der Post 225, der Reichsbahn 508, der Länder 465, der Gemeinden 300 und die für Elst-Lüttungen 41 Millionen, was eine Gesamtsumme von 1.949 Milliarden bedeutet. Daneben laufen noch weitere 1.280 Milliarden MW. Rentenausgaben für Kriegsbeschädigte usw., sowie schließlich 20 Millionen für die Kriegsveteranen von 1870. Im ganzen würden also an öffentlichen Rentenlasten 3.349 Milliarden im Jahr aufgewendet.

Der Aufsatz stimmte noch einem deutschnationalen Antrag zu, der die Reichsregierung besonders zur unverzüglichen Vorlegung eines Gesetzes über die Regelung der Höchstverhältnisse der Wirtschaftsbeamten verpflichtet.

Es ergab sich dann noch eine Debatte über die Wirkungen des § 40 des Bevölkerungsgesetzes, also jener Bestimmung, wonach jede freierwerbende Beamtenstellung im allgemeinen nicht wieder besetzt werden soll. Hierzu wurde ein Antrag der hinter der Regierung stehenden Parteien angenommen, wonach die Reichsregierung alljährlich in einer Übersicht die Auswirkungen dieser Bestimmung darlegen soll.

Dann wurde die seinerzeit abgebrochene Besprechung einer Export-Kreditbank fortgesetzt, zu der neue Anträge eingereicht waren. Zu Beschlüssen kam es noch nicht, doch scheint eine Mehrheit dafür zu sein, daß im Staat für 1929 genügend Mittel zum Zwecke der Industrieverbilligung für Darlehen der wiederzubauenden Exportfirmen, also der durch den Krieg Geschädigten, eingesetzt werden.

Der nächste Dienstag wird weiterberaten.

Das zehnjährige Bestehen

des Deutschen Beamtenbundes.

ofo. Berlin. Zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Beamtenbundes fand zunächst am Dienstagvormittag eine stark besetzte Sitzung des Gesamtvorstandes der Organisation im Grünen Saal bei Kroll (Berlin) statt. In dieser Sitzung sprachen der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Bürgermeister a. D. Schlein über "Presse und Deutscher Beamtenbund" und Dr. Richard über "Grundsätze für die Neugestaltung des Beamtenrechts". Am Schlus der Sitzung wurde von den Vertretern aus Bonn und der Rheinpfalz lebhafte Protest dagegen erhoben, daß noch immer deutsches Gebiet von fremden Truppen besetzt und zehn Jahre nach dem Friedensschluß deutsche Beamte, gehört durch die Einacisse fremder Machthaber, im besetzten Gebiet arbeiten müßten. Der Bundesvorstand drückte untertritt diese Ausschreibungen und erklärte, der Deutsche Beamtenbund werde auch in Zukunft alles tun, um das Los der Beamtenchaft im besetzten Gebiet zu erleichtern.

Abends um 8 Uhr versammelten sich im Römeraal bei Kroll Vertreter des Bundes mit den Spiken der Verbündeten, Mitglieder der Parlamente, Vertretern befreundeter Organisationen und anderen Gästen zu einer Festfeier, in der u. a. auch Staatssekretär Schweigert vom Ministerium des Innern und der preußische Finanzminister Dr. Höppner-Müller das Wort nahmen. Die Feierde hielt der Bundesvorstand.

Er schilderte zunächst die Zusammenklubbestrebungen, die am 4. Dezember 1918 zur Gründung des Deutschen Beamtenbundes mit mehr als einer Million Mitgliedern geführt haben. Sehnen föhrt der Bundesvorstand aus: Der Deutsche Beamtenbund defenstet sich zum Dienst an der Volksgesamtheit gemäß Artikel 130 der Reichsverfassung. Damit dem deutschen Volke und seinem Staate Menschen erhalten bleiben, die ihre ganze Persönlichkeit im Dienst am Volke erschöpfen, die ihren Dienst am Volke ohne Rückicht auf Partei, Konfession und Klasse tun, die ihr tun und verantwortungsbewußt, zuverlässig und treu, muß es kein mut unter Einsatz von Freiheit und Leben, ist der Deutsche Beamtenbund federführend für die Erhaltung des Beamtenamts auf öffentlich-rechtlicher Grundlage eingetreten, hat er jeden Abbau dieser Beamten durch Brüderung bekämpft. Solange der Deutsche Beamtenbund besteht, hat er sich bemüht um die Schaffung eines Beamtenrechts freiheitlich, fortwährend und sozialen Unfalls. Nicht minder um die Ausdehnung des Prinzips der Selbstverwaltung auf die Beamtenchaft in dem längst besprochenen Beamtenvertretungsgesetz. Dies liegt die Sorge ob, um die dauernde Erhaltung einer kleinen menschen- und kulturwürdigen Existenzgrundlage für jeden Beamten, um eine Leistung, der Verantwortung, der Diensteschaft entsprechende Belohnung. Er erstrebt eine Wirtschaftsführung in unserem Volke, die das Interesse der Allgemeinheit den Privatinteressen voranstellt, die das Prinzip des Staates anerkennt und seiner Autorität sich beugt. Gelingt auf dem Boden dieser Ausbildung wurzeln, hat der Deutsche Beamtenbund durch ein Jahrzehnt Beamtenpolitik getrieben. Das wohl der gesamten deutschen Beamtenchaft war sein Urteil, Glück und Gediegenheit des Volksganzen all seiner Beiträgen, lang anhaltender Erfolg. Und so soll es bleiben.

Endergebnis der Wahlen in der Landesvertretung Böhmen.

* Prag. (Telunion.) Das Endergebnis der Wahlen in der Landesvertretung Böhmen ist folgendes:

	Stimmen	Mandate
Chechos. Nationalsozialisten	519280	12
Deutsche Arbeits- und Wirtschafts-Gemeinschaft	95966	2
Chechos. Agrarier	486560	11
Deutsche Sozialdemokraten	308791	7
Chechos. Volkspartei	246273	5
Chechos. Nationalsozialisten	113705	2
Chechos. Gewerbepartei	162231	4
Chechos. Nationaldemokraten	199735	4
Kommunisten	422535	10
Deutscher Volksverband	118337	3
Chechos. Sozialdemokraten	419943	10
Bund der Landwirte	197009	5
Deutsche Gewerbepartei	69064	1
Deutsch.-Christlichdem.	152458	4

Gerichtssaal.

Verfahren des Gemeindeschenkschaffensgerichts Dresden
im Rathaus zu Dresden.

Das Gemeindeschaffensgericht Dresden verhandelte am Dienstag unter Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. Roth im Rathaus zu Dresden in einer bis in die Abendstunden währenden Sitzung gegen den in den fünfziger Jahren lebenden Baumeister und Mittergutsbesitzer Ernst Otto Schumann wegen Untreue und gegen den aus dem Kreis Torgau gebürtigen, ebenfalls in Dresden wohnhaften Maxx Peter Friedrich Wilhelm Reinel wegen Beihilfe zur Untreue. Nach der durch Staatsanwalt Dr. Römlich vertretenen Anklage soll Schumann als Bevollmächtigter der gesiedelten Ehefrau Reinel im Streite mit deren Mann sie der Untreue schuldig gemacht haben. Dieser Verhandlung lag ein ungemein trübes Schleben zugrunde, was sich zwischen den Ehegatten Reinel abgespielt und schließlich zur Trennung geführt hat. Diese Frau Reinel geb. Halbauer hatte von älterlicher Seite beträchtlichen Grundbesitz, den der gesiedelte Mann gewissmachte für einen Pappensiel in seine Hände gebracht. Als Treuhänder der gesiedelten Frau soll der Angeklagte an deren Nachteile das ihm übertragenen Amt ausübt haben. Begierter und auch der Mitangeklagte Reinel bestreiten sich krasbar gemacht zu haben. Das Gericht vernahm hierzu eine größere Anzahl Zeugen und beschloß auch das betreffende Grundstück. Der Vertreter der Anklage verneinte keinen Antrog auf Bestrafung zu stellen, er überließ insoweit die Entscheidung dem Ermeilen des Gerichts. Rechtsanwalt Dr. Franz plädierte für Freispruch, um die beide Beschuldigte auch daten. Das Gericht erkannte nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme auf Freispruch der Angeklagten mit der Begründung, daß sich eine Untreue bzw. Beihilfe zur Untreue nicht habe feststellen lassen. (A.-G.)

Eine Beleidigungssache.

Im Stadtteil Dresden-Ortsteil befindet sich die Eigenheim-Siedlung e. G. m. b. H., ein bereits 1911 gegründetes baugenossenschaftliches Unternehmen, das schon über 400 Wohnungen erstellt und in leichter Zeit beträchtliche Grundstücksankaufe getätigt hat, um weitere zahlreiche Eigenheime zu erbauen. Genau wie andere Baugenossenschaften oder sonstige Industrie- und Gewerbebetriebe aller Art, so war auch die Eigenheim-Siedlung infolge der Inflation und deren Nachwirkungen, sowie durch die allgemein schwierige Lage auf dem Geldmarkt in Verhältnisse geraten, die zu Notnahmemaßen umz. zwangen. Gelegenheit einer von über 800 Personen besuchten Generalversammlung dieser Siedlungsgenossenschaft hatte der Tischlermeister Gustav Richter des Wirt Schmiedgeller getan. Dies bezog sich auf den bisherigen Geschäftsführer der Eigenheim-Siedlung Emil Franz Reichelt. Letzterer strengte Privatklage gegen Richter an, der am 8. Oktober vom Amtsgericht Dresden wegen Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Richter legte dagegen Berufung ein, mit der sich jetzt die 5. Strafkammer des Landgerichts Dresden befassen mußte. Nachdem 25 Zeugen gehört worden, kam ein Vergleich zu stande, aus

dem sich ergibt, wie dieses Berufungsverfahren verlaufen ist. Er lautet wie folgt:

Der Angeklagte hat sich in der Hauptversammlung vor dem Landgericht durch die ehrlichen Auslagen aller Zeugen erstmals und tatsächlich davon überzeugt, daß der Privatkläger keine Schmiedgelder oder sonstige Vorteile von Fleckenstein oder dergleichen erhalten oder auch nur vereinbart hat. Der Angeklagte hat seine Beschuldigungen auf Gerichte gegründet, die durch die Hauptverhandlung widerlegt sind und die sich als fiktiv erwiesen haben. Der Angeklagte bedauert, daß er sich auf diese Gerichte verlassen und in der Aufregung in jener Generalversammlung die betreffende Neuordnung getan hat. Er bitte den Privatkläger um Entschuldigung, zahl ihm eine Summe von 300 Reichsmark, trägt die gesamten Kosten beider Instanzen und erstattet auch dem Kläger seine gehabten Auslagen wie das Honorar für dessen Rechtsanwalt. Der Vergleich ist auf Kosten des Angeklagten an der Anfangstafel der Eigenheim-Siedlung und im Wohnungsbau des Verbandes Sachsischer Bauvereinigungen zu veröffentlichen. (A.-G.)

Der Start des neuen Raketenswagens.

Sie sah nach Katastrophen aus. — Detonationen, Feuer, Säulen, Feuer. — Ergebnis: 88 Kilometer. — Im Frühjahr Angriff auf den Weltrekord.

Berliner Brief von Odyssäus.

Dem großen Ereignis auf der Autobahn stand trübe Schatten voran. Beängstigend geradezu musste auf den soliden Staatsbürgern das riesenhafte Aufgebot der Schutzpolizei wirken, die in vier Hundertshäfen angerückt war, um den „Verkehr zu regeln“. Viel Verkehr gab es am Sonntag nachmittag auf der Autobahn nicht. Das trübe Wetter hatte viele davon abgehalten, sich den Start des Raketenswagens anzusehen, vielleicht war es ihnen auch zu gefährlich. Wenn man die Hundertshäfen der Schupo sah, die alle bemüht waren, gewissmachern in der Lust schwedende Katastrophen von vornherein mit Gummiknallen und Kommandos abzuwehren, konnte man allerdings den Ernst der Situation nicht erkennen, zumal na... „richtiger Schätzung auf jeden Zuschauer mindestens ein...“ kam. Heilige Ordnung!

Über den paar Hundert Deutschen und unter wolkenlosem Himmel kreuzten in geringer Höhe zwei Flugzeuge, immerhin noch hoch genug, um bei etwaigen Explosionen des Raketenswagens nicht in Mitteleinschaft geraten zu werden. Diese hochsichtige Feststellung machte der Zuschauer laut und weniger laut, unter dem Einfluß des eisigen Windes, der über die Autobahn brauste und alle Hoffnungen zerstörte.

Als der Zeiger der Uhr immer mehr auf drei rückte, redete man sich den Hals ans, um doch irgendwo das berühmte Raketensauto zu entdecken. Etwa neunhundert Meter westlich der Ehrentribüne bemerkte man ein wehtraumes Auto. Wie man aus den Bemerkungen besonders eingeweihter Beziehungsreicher erfuhr, stand unter dieser Zeltwand das hoffnungsvolle Raketenswagen. Die Polizei hatte für diesen Schuß Sorge getragen. Warum, ist dem Zuden

unerklärl. Vielleicht dachte sie, die Räte könnten bei diesem Regen noch nah werden und frühzeitig explodieren!)

Der Konstrukteur und Fahrer dieses Wagens, Ingenieur Vollhardt, verzichtete kurz vor drei Uhr dem in der Nähe des Wagens aufgestellten Lautsprecher ein paar Worte an. Man kann von der Tribüne aus nicht verstehen, was er sagt. Stab es Abschiedsgrüße an die Welt, die er im Raketenswagen verlassen wollte? Nach der letzten Ansprache geht der Ingenieur dann ruhigen Schrittes, als handle es sich um eine Fahrt im einsitzigen Taxameter vom Halleschen Tor bis zum Potsdamer Platz, auf den Raketenswagen zu. Die Decke wird herabgezogen, und unter der aus dem Nullpunkt rasch zur Siedehitze aufsteigenden Spannung des Zuschauers nimmt der Raketensfahrer im rot leuchtenden Wagen Platz.

In den sich drängenden Reihen der Zuschauer beginnt die Arbeit des Elternbogen, der ausgestreckten Hände, der verdrehten Augen: jeder will den Start sehen. Die Uhr zeigt auf drei: der erste Start beginnt!

Zuerst ein Knall. Blitzen, Flammen, dann eine dicke Rauchwolke, in der man den Wagen sehen sieht. Langsame Tempis bei mächtiger Rauchentwicklung, bei zuckenden Flammen und heftigstem Feuer. Die Spannung der Menge wächst ins Metaphysische, möchte man sagen. Der Raketenswagen läuft! Aber dann fährt in die Menge plötzlich einstoßender Schreck, man spürt die Hand des Verhängnisses an der Schulter, man hat Furcht, die Augen offen zu halten: ein gewaltiger Knall nämlich tönt aus der Rauchwolke, eine Explosion ist erfolgt, ein strohiges Materialstück, ein Fleischschein aus dem Leib des Raketenswagens fliegt



Riesa, Schloßstraße 1

Fernsprecher 892.

Der Liebe Bitternis.

Familienroman von B. Niedel-Ahrens.

Copyright by Greiner u. Co., Berlin NW. 6.

19. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Du antworten vermochte Anneline nicht mehr, ihre eiskalte Rechte erwärmte nur kaum bemerkbar den Deut ihrer Hand, dann verließ sie ihn und ging ins Haus.“

„Ich komme später, Vater,“ begrüßte sie drinnen den blinden Mann, „jetzt nicht böse, ein kleines Ereignis hielt mich zurück. Hoffentlich hast du nicht schon auf mich gewartet.“

„Das habe ich wohl,“ entgegnete der Blinde, der im Gehäuse am Ofen lag verkrümmt. „Was heißt dich denn so ungebührlich lange in Elmstedt fest? Nun, da Angela und Maria dort sind, werde ich mich wohl an solche Rücksichtlosigkeiten gewöhnen müssen.“

Sie erzählte die das Vorgefallene, doch bei der Erwähnung Fred Westermanns nahmen seine Augen einen noch finsternen Ausdruck an, und er machte eine wegwerfende Geste.

„So, also das heißt dich! Meine Meinung aber ist, daß es wahrscheinlich passender gewesen wäre, deinen Pflichten hier zu Hause nachzukommen, als dem Verehrer auf der Bandstraße nachzulaufen.“ Außerhalb stand Sepp, gesteckt von langem Warten, ungewöhnlich schroff.

Anneline zog zusammen und verschärfte sich. Welch ein verlebender Vorwurf lag in den Worten ihres Vaters, und wie tief gewurzelt mugten noch immer sein Vertrauen und sein Vater gegen sie sein, um ihn so entsetzt zurückzulassen! Und vor Bitternis, Schmerz und Verzweiflung außer sich, ward sie sich plötzlich vor dem Vater nieder und preßte den Kopf gegen seinen Arm.

Vater, sprich nicht so zu mir, nicht so harte Worte, die ich nicht mehr verbiegen! Ich habe ununterbrochen, tadellos, ja selbst leichtfertig damals gehandelt, aber bedenke doch, wie ich gestrafft worden bin, und Gott ist mein Zeuge, daß keine unedle Absicht mir in den Sinn gekommen ist! Der Vater hatte es mir ja angehängt, ich wollte mich aufzeichnen, viel Geld verdienen und auch alle mit mir hinausziehen, es war verkehrt. Aber darum bin ich doch nicht schlecht und die Strafe des Verlustes deiner Liebe leistet mich zu ungerecht.“

Der Blinde legt ihren Kopf auf seinem Arm ruhen, aber er streichelte nicht ihr Haar, wie er es bei Angela und Maria getan haben würde.

„Ich führe dir nicht mehr so sehr um meinewillen,“ entgegnete er etwas sanfter, „nur daß Gewissheit verzeigt mich immer wieder von neuem gegen dich in Hartnäckigkeit, daß du so gedankenlos gegen dich selbst gewirkt hast! Die Tochter des Käptn Sepp zu wählen, der seine Fliegerelaufbahn mit dem Verlust seines Augenlichtes bejubelt, wäre für jeden ein erstaunliches Ziel gewesen, wer aber wird dich nehmen wollen, nachdem du ein Jahr lang dich auf den Brettern einer Vorstadttheater verumgetrieben hast! Ein Westermann, der Sohn des alten Käptn Patriarch, am allerswertesten, und deshalb braucht du dir auch keine Mühe zu geben, ihn an dich zu festeln — sobald er von deiner Vergangenheit erfahren hat, wird er sich auf Rimmerwiederkehr zurückziehen.“

„Das weiß ich, Vater; und darum habe ich ihm auch heute abend gesagt, daß eine Verbindung zwischen uns unmöglich ist.“

„Du sagtest deine Gedanken?“

„Nein,“ kam es mit flangloser Stimme von ihren Lippen, „dazu fehlte mir die Kraft, — und — es war überflüssig, da wir uns auf immer trennen — sollte mein Bild in seiner Erinnerung ein reines bleiben.“

„Lebst du diesen jungen Mann?“

„Ich weiß es nicht.“

Sie hatte ruhig gesprochen; das Übermaß der auf sie eindringenden Schläge weckte eine tolle Verzweiflung in ihr.

Sie setzten sich zu dem frugalen Abendbrot, dann las sie dem Vater vor; endlich schlug es zehn, die Stunde der ersehnten Eröffnung. Nur einen Augenblick allein sein. — Anneline ging in ihr Zimmer. Sie machte kein Licht, verschloß sich im Innern, kam die Dunkelheit gerade recht; in einer Ecke lauerte sie sich zusammen, das Blut jagte durch die pochenden Schläfen, wirte Phantasien durchzogen das Gehirn, und darüber lag schattenhaft das Gewichtschein der erdrückenden Peine eines verfehlten Lebens. Ein Wädel, das sich ein Jahr auf einer Vorstadttheater herumgetrieben, heizte man nicht. So wurde auch Fred Westermann denken, der Rückblick auf seine Familie zu nehmen hatte, und deshalb hatte sie recht getan, ihn aufzugeben.

Aber das so nehe läge, hatte sie doch nicht gedacht! Und tränenslos, den Kopf zurückgedreht, mit den brennenden Augen in die Dunkelheit starrend, lag sie noch lange in der tiefen Stille der Nacht.

Aber auch für Anneline war der Höhepunkt all der Bitternis überschritten. In einer der nächsten Wochen war Maria auf einige Tage gewissmachern als Besuch nach Lindenheide gekommen. Als Maria, die auch die letzten Nachwürfe ihrer Krankheit überwunden hatte, zur Befreiung von Elmstädt noch Elmstedt gegangen war, begegnete ihr Fred Westermann.

„Gö kommt zwischen Fred und Maria zu einer langen Unterredung, in deren Mittelpunkt Anneline stand. Maria, die ohne ein Wort darüber zuvor gehetzt zu haben, das Herzschlag ihrer Kugeln genau kannte, riet Fred Westermann, wenn er es möglichst der Geliebten gegenüber nicht weiter bringt, es einmal mit Briefen zu versuchen.

And so begann Fred Westermann an Anneline gelegentlich kleine Briefe zu schicken. Anneline antwortete. Aber gelang es ihr nicht, im Brief ganz die starke Zurückhaltung zu überwinden, wie sie es in ihrer Versenkung mit Fred Westermann gegenüber Auge in Auge seit gestern hatte. Fred selbst war keilhart genug, um zwischen den Zeilen ihrer Briefe herauszuzeigen, daß sie ihm im Grunde ihres Herzens mehr als gut war.

So erbat er sich in einem Briefe von ihr die Erlaubnis, ihr vorzutragen in dem vertraulicheren Du schreiben zu dürfen. Und zum Weihnachtstag stand Anneline neben einem prachtvollen Schmuck einen Brief vor, in dem Fred Westermann, der selbst zu Weihnachten noch Bremen zu seinen Eltern geschritten war, kurzerhand zum Sturmangriff überging. Der Brief hatte folgenden Wortlaut:

„Bremen, den 23. Dezember ...“

„Meine geliebte Anneline, meine Frau! Diese Liebeserklärung wird Dir natürlich ganz richtig unverhohlen erscheinen, ich sehe Dich in Gedanken. Deine lieben Augen blitzen, aber deute vernichten sie mich nicht mehr, handhaft lasse ich keinen Zorn über mich ergehen und lächle, denn ich weiß es besser! Ja, seu Lügen ist mir

genau bekannt, daß meine zuverlässliche Liebe Dich doch endlich geruht hat und Du mein bist Zug Dir erzählst:“

„Als Du mich damals an jenem Unglücksabend, mit standhafter Entschlossenheit vorzogestellt hattest, dachte ich, verrückt zu werden, und wohl gehnmal bin ich mit Selbstmordgedanken aus dem Hause gelaufen, bis ich es absolut nicht länger aushalte und mich animierte, um eine Zeitlang heimlich in Euren Nähe zu weilen. Unter dem Schutz der frühen Dunkelheit bin ich dann an Lindenheide vorbeigeschlichen, und sobald das Licht hinter den Fenstern angezündet war, habe ich Dich beobachtet, meine Anneline. Da habe ich oft Dein liebes Gesicht gelesen, wie verändert es war, tiestraum und gebantenvoll hast Du ausgeleuchtet, und einmal, meine Frau, im tollsten Schneesturm, habe ich mich ganz nahe an das Fenster gewagt, und da sag ich, daß Du den Kopf auf den Tisch gelegt und bitterlich geweint hast, Du armes Vieh! Und da ist eine schwer mögliche Freude über mich gekommen, daß ich bald laut aufgejubelt und mich vertraten hätte, denn nur wußte ich es, Du weinst um mich.“

Und nun beantwortete mit diese Zeilen, und sollten es auch nur zwei Worte sein, dann bin ich gleich danach bei Dir, wir sefern Verlobung und sehr bald danach auch Hochzeit; mein Vater ist einverstanden, er vertraut der Herzenwahl seines einzigen Sohnes und sendet Dir die wärmen Grüße! Du läßt mich nicht vergebens warten, nicht wahr, Du schreibst Deinem Fred, dessen schönste Angabe es fortan sein wird, Dir und Deinem Vater das Leben zu erhellern. Ich lässe Dich, meine Anneline, meine Braut, als Dein Dir ewig getreuer.“

Wieder wurden in Anneline die alten Zweifel wach, ob Fred ihr auch solche Worte geschrieben hätte, wenn er erst wußte, daß sie Schauspielerin auf einer Vorstadttheater gewesen war. Aber das Glücksgefühl, daß nach diesen Zeilen in ihr aufgetommen war, war doch zu stark. So schrieb sie Fred noch am selben Abend zurück. Sie dankte ihm für sein Geschenk und seine liebevollen Zeilen. Wenn er wieder nach Lindenheide käme, so finde sich gewiß Gelegenheit zu einer Aussprache, die alles zwischen Ihnen sollte.

Und dann war es ein paar Tage später.

Der Zug brach in die Halle; Fred Westermann saß auf, stellte sich um — dort steht Anneline; dann liegen sie einander in den Armen, und zum ersten Mal fühlt sie ihren Zug auf ihren Lippen.

„Und nun sage mir, meine Frau,“ fragte Fred, nachdem die erste stürmische Freude der Begrüßung sich gelegt und sie an seinem Arm den Bahnhof verlassen hatte, „warum hast du mich so lange gewußt?“

„Weil ich die ein Geständnis zu machen habe, Fred, daß mir auf den Lippen brannte und doch nicht von Ihnen wollte, — weil ich fürchtete, daß du dich von mir wenden würdest. Nun aber kann ich nicht anders, ich werde dich dennoch lieben, und wenn du mich auch von der Abt! W. so innig, so unendlich, weil du ein so herzeguter Mensch bist und alles, was noch schlecht und traurig war, durch deine gebildige Liebe besiegt wurde.“

Anneline hatte in ungestümer Erregung gesprochen während sie den menschenleeren Weg in der Richtung nach Lindenheide verfolgten.

„Sieh du mit meinem Vater spricht, muß ich selbst vor dir mit das jetzt erleidest. Aber ein einziges Mal hab mich lieb, so recht von ganzer Seele lieb, damit ich hier vor Geboren kann, wenn du mich verlassen solltest, nachdem du alles weißt.“

(Schluß folgt)

strachend in die Luft. Alles ist aus, denken die Hunderttausenden der Schauspielgesellschaften und der Zuschauer. Aber man kann ausaiem: der Wagen fährt weiter. Der Ingenieur sitzt am Steuer. Ruhig. Sein Gesicht, das man nicht sehen kann, muss die Leichenklage der Todesangst tragen.

Sweiter Start. Der Wagen ist zurückgeschafft worden. Erhält neue Akkumulatoren. Die Spannung der Menge ist noch größer geworden. Verschämt macht sich breit. Man hört sogar einzelne Stimmen, die den Start verbieten wollen. Jetzt geht es bestimmt nicht gut ab! Spiel mit dem Tod...

Aber es geht bei diesem zweiten Start besser ab, als erwartet. Wieder Rischen, Flammen, Knall, Rauch: der Wagen fährt. Das Tempo vergnügt sich. Mit einer Geschwindigkeit von 88 Kilometern lauft das Raketenauto an den Tribünen vorüber. Man klatscht laut, die Spannung löst sich in Heiß und Glückwunsch: das Experiment des Ingenieurs Volkhardt ist geglückt.

Was sagt Herr Volkhardt dazu? Zukunftsblickerischen Pläne? Wie steht es nach den Erfahrungen und Erfahrungen dieses Versprechens um das Raketaproblem? Das wird alles erst noch zu prüfen sein. Der Flugfahrzeugmotor wird das fernere Ziel sein. Das nächstliegende aber für Ingenieur Volkhardt: ein neuer Weltrekord! Im nächsten Frühjahr!

Bemischt.

Der Fall Dr. Mohr. — Emmi Weichert gestorben. Die völkerliche Erklärung der Angelegenheit des Berliner Arztes Dr. Mohr ist durch den Tod Emmi Weicherts, die am Dienstag nachmittag im Krankenhaus zu Ohligs ereignet, unmöglich geworden. Festzustellen scheint jedoch, auf Grund der bisherigen polizeilichen Ermittlungen, dass Emmi Weichert ihrem Leben freiwillig ein Ende machen wollte. Unklar bleibt dagegen, wie ein Arzt es fertig bringen konnte, einen bestimmungslosen und billiosen Menschen bei Nacht in Regen und Kälte der freien Natur auszusehen und damit seinem sicheren Tode vorzusorgen.

Tumultusen im Berliner Theater des Westens. Zu recht unliebsamen Vorwürfen kam es gestern abend im Theater des Westens, wo gegenwärtig die Operette "Bitte einsteigen" ein Gastspiel gibt. Vom Kontakt war die Künstlerin bereits vorgezerrt zum leichten Male aufgetreten, wurde aber von der Direction des Theaters darum gebeten, auch noch in den nächsten vier Tagen die Hauptrolle in der Revue zu spielen. Diesem Verlangen kam Joseline Baier zunächst auch nach, forderte aber plötzlich gestern abend für jede Vorstellung eine Gage von 1000 Mark, die gleich für die vier Abende auf einmal ausgezahlt werden sollte. Als man diesem Verlangen nicht nachkommen konnte, erklärte die Tänzerin, dass sie gar nicht daran denke, fernherhin aufzutreten. Sie nahm ihre Kostüm, warf sie in den auf dem Hofe befindenden Privatkarrenwagen und fuhr davon. — Das Publikum verlangte ununterwegs Joseline Baier zu sehen. Als der Tumult nicht enden wollte, entschloss man sich, das Geld für die Eintrittskarten an der Kasse auszuzahlen. Unterdessen war auch ein größeres Aufgebot von Polizeibeamten im Theater erschienen. Vor dem Theater kam es noch bis in die späten Nachtsstunden zu Ansammlungen, jedoch die Polizei mehrmals einschreiten musste.

Hansenleber kein Gottesträger. Auf eine Anzeige hin hatte die Staatsanwaltschaft gegen den Dichter Hansenleber ein Ermittlungsverfahren wegen Gottesträgung eingeleitet. Anlass dazu gab die Aufführung der Komödie "Ehen werden im Himmel geschlossen". Wie Berliner Abendblätter vom Dienstag berichten, ist nach Prüfung des Sachverhalts das Ermittlungsverfahren eingestellt worden, da "beheimatende Ausserungen", die nach dem Wortlaut des § 166 des Strafgesetzbuchs die Voraussetzung der Strafbarkeit der Gottesträgung sind, nicht als vorliegend angesehen wurden.

Mit dem Feuerlöscher gegen einen Bullen. Feuerlöschende Autos können auch ihre Nachstelle haben, wie jetzt ein Autobesitzer auf der Straße Dorburg-Günzburg in der Nähe von Winzen erfuhr. Drei Autos fuhren voneinander her, voran ein Käfer, dann ein gelbes und zum Schluss ein braunes. Auf der Brücke über dem Ansbacher Mühlbach stoppen die vorherigen Autos. Ein fauchender, brüllender Bulle, die Hörner zum Angriff gesenkt, steht vor dem finalroten Auto, das ihm ob seiner Farbe wild gemacht hat. Was tun? Man muss sich nur zu helfen wissen. Dazu sind die Feuerlöschere im Auto? Also heraus aus dem Wagen und drei Feuerlöscher ergießen ihren sprühenden und sprudelnden Inhalt über den verdrehten Bullen, der jählings über das Brückengeländer springt und platzschlagend prustend aus dem Wasser kommend die Straße freigab und über die Feld davorrannte.

Reichsgericht und Fuß. Der Fuß bedarf stets der Erlaubnis des Geflügelten, denn er ist eine Einwirkung auf den Körper des anderen. Ohne besondere Erlaubnis darf man nur rütteln, wenn man das stillschweigende Einverständnis des anderen gewiss ist, nämlich bei nahe Verwandten, Eltern, Kindern und Liebesleuten. Straubt sich jemand erstaunt gegen das Rütteln (nicht nur zum Schein), so ist anzunehmen, dass er den Fuß als rechtswidrigen Eingriff in sein Persönlichkeitrecht und Verlehung seiner Ehre betrachtet. Nach einer reichsgerichtlichen Entscheidung macht sich der Rüttler unter solchen Umständen täglicher Bekleidung schuldig.

Ein Hamburger Damvort überfällig. Dem "Hamburger Fremdenblatt" zufolge ist der Hamburger Dampfer "Immenhof" der Reederei Georg Meier, der am 21. November Norwegen mit dem Ziel Kings Lynn verlassen hatte, überfällig. Führer des Schiffes ist Kapitän Behrmann-Hamburg. Die Befahrung besteht aus zwölf Mann. Die bisher angestellten Nachforschungen waren ergebnislos.

Autounfall bei Sfax. 20 Kilometer von Sfax entfernt wurde ein Kleinwagen von dem Schnellzug Tunis-Sfax erfasst und zertrümmert. Die sechs Insassen fanden den Tod.

Die Herkunft des Pulvers Jakobs. Zu der Erkrankung der Berliner Filmchaudiaterin Elsa Brinck, ihres Schwagers Klever und des Regisseurs Jakob Jakob führt eine Korrespondenz, dass das verhängnisvolle Pulver nicht von dem Magazinopaven Dr. Müller, sondern von einem Freunde Jakobs, einem Buchhändler, stammte. Eine Gefahr besteht für keinen der Patienten mehr.

Ein Postbeamter beraubt. In Köln wurde einem Postbeamten von einem Unbekannten, der ihn um seinen angebrochenen und dann einige Schritte begleitet hatte, eine lederne Brieftasche mit 270 Reichsmark entwendet. Der Täter sah den Postbeamten am Hals, stellte ihm ein Bein, dass er beinahe zur Erde fiel und griff ihm dabei in die linke Hosentasche, in der die Brieftasche war. Es gelang dem Räuber zu entkommen.

Belohnte Treue. Im Jahre 1910 verließ Vigile Grumpader aus Cincinnati den Hotel von Shanghai. Er hatte dort in der letzten Zeit schlechte Gesichter gemacht und dabei einige Tausend Dollar verloren. Da er seine Rechnung schon seit einigen Monaten nicht bezahlt hatte, wurde er mit seinem Diener, einem Chinesen, aus dem Hotel gewiesen. Sing-Tian stellte nun freiwillig seinem verarmten Herrn als Dank für gute Behandlung eine im Dienst er-

sparte Summe zur Verfügung, die Grumpader ihm bei der nächsten Gelegenheit zurückzuerstatten verlor. Jahre waren vergangen. Sing-Tian hatte in Shanghai ein kleines Unternehmen gehabt, und die Geschäfte gingen ganz gut. Berücksichtigt und gebührend erachtete er jedoch die versprochene Rückzahlung, über die Zeit vergangen. Im Verlauf der chinesischen Bürgerkriege wurde Sing-Tian Geschäft geplündert und eingeschwert, und der arme Teufel musste sich als Kuli verdingen, um sich und seine Familie zu erhalten. Jeden Monat oder flebte er zu den Götttern, daß sie ihm doch noch das himmelsgeschenkt in Gestalt des schon längst fälligen Scheids beichern mögte. Die Geduld des treuen Chinesen war schließlich belohnend worden. Vor einigen Wochen wurde er in das Generalkonsulat der Vereinigten Staaten gerufen, wo ihn jemand erwartete. Dieser „jemand“ war niemand anders als sein ehemaliger Brotgeber, Grumpader, der nach vielen schweren Jahren sich in Alaska ein Vermögen erarbeitet hatte, hatte die lange Reise nur unternommen, um seinen treuen Diener wiederzusehen. Er tauschte ihm ein kleines Haus und lieherte ihm eine ergiebige Lebensrente.

Aus dem Schulauflauf einer zwölfjährigen Schülerin entnehmen wir die folgende Schilderung der Entdeckung des Schießpulvers: „Vor sieben Jahren gab es noch keine Bücher und nur die reichen Leute konnten sie lesen, weil sie zu teuer waren. Da lamen die Mönche und schrieben sie ab. Das dauerte wider sehr lange und starben oft vor ihrem Ende und ein frischer Mönch musste das Buch voll machen. Endlich wurde Gutenberg geboren und als er groß war und aus der Schule ausgetreten, so nahm er ein Holz und zerschnitt es auf Buchstaben und druckte es in die schwarze Farbe und nahm ein Papier und druckte es ab. So entstand die Bibel. Aber leider verlor er dadurch sein ganzes Geld und stand aber später einen Freund, der ihm eine leiste und diese布erte verbreitete sich dann durch Europa und Österreich. Und dann kam noch ein Mönch und entdeckte den Schießpulver. Dieser nahm einen Topf und wollte eigentlich etwas anderes reinmachen, aber es wurde ein Schießpulver daraus, indem ein Funke losging und er sprang in den Topf und explodierte und hieß Bergbold Schwarz. Dann bestellte man viele Kanonen und ludete sie mit ihm und als sie losgingen, da konnte kein Ritter wider stehen und der Krieg war gleich aus.“

Der Sachverständigenbericht über den Hausesatz in Vincennes. — Probstini schuldig. Nach dem „Peuple“ kommt der Sachverständigenbericht über die Ursache des Neubauinsturzes in Vincennes, bei dem 19 Arbeiter ums Leben kamen, zu dem Ergebnis, dass der verhaftete Bauunternehmer Probstini schuldig sei. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, dass er schlechtes Material verwandt und auch bei der Überwachung des Baues fahrlässig gehandelt habe. Die Angelegenheit wird am Montag vor der Strafkammer verhandelt werden.

Weihnachts-Anzeigen

Führen zum

Weihnachts-Einkauf

Damit die Weihnachtsanzeigen bei der Sonntagszeitung eine besonders aufmerksame Beachtung erfahren, ist es dringend notwendig, diese mindestens einen Tag zuvor (wenn möglich noch zeitiger) in der Tageblatt-Geschäftsstelle abzugeben. Durch die rechtzeitige Abgabe der Anzeigen wird auch das pünktliche Erreichen des Bliebener Tagblattes unterstützt, was ja auch im Interesse aller Anzeigenbetreuer liegt. Anzeigenannahme werktäglich von 9 bis 8 Uhr an.

Tageblatt-Geschäftsstelle

Riesa, Goethestraße 59 — Telefon Nr. 20.

Um die Zwangsverhinderungsgrenze.

Die lebhaften Proteste gegen die von den Krankenkassen geforderte Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 6000 Mark mit gleichzeitiger Einbeziehung einer großen Reihe bisher versicherungsfreier Berufe nehmen immer mehr an. Sowohl die berühmten Organisationen des deutschen Mittelstandes als auch die höheren Beamten und die leitenden Angestellten haben dagegen Verwahrung eingelegt, dass sie in ein Versicherungssystem eingegliedert werden sollen, das nach Kunstfertig und Ausbildung für die besonderen Bedürfnisse dieser Stände ungeeignet ist. Insbesondere wehrt sich auch der gewerbliche Mittelstand dagegen.

Nachdem die Zentralorganisation des deutschen Handwerks bereits vor einiger Zeit eine entsprechende Entschließung der Oeffentlichkeit übergeben hat, wenden sich nun mehr auch die örtlichen und die Bezirksorganisationen des Handwerks in gleicher Weise gegen die geplante Ausdehnung der Versicherungspflichtigkeitsgrenze. So weist der Altenberger Innungsverein ausdrücklich darauf hin, dass die heraußständischen Interessen des Handwerks nur in eigenen berufsständischen Versicherungseinrichtungen nachdrücklich gewahrt und gefördert werden können. In gleicher Richtung bewegt sich die Stellungnahme der Gruppe der Fachverbände im Reichsverband des deutschen Handwerks. Sie wehrt sich in erster Linie auch gegen die neue Belastung, die durch die Erhöhung der Versicherungsgrenze entstehen müsste. Aus allen diesen Aeußerungen geht klar hervor, dass die mittelständischen Berufsgruppen an dem Gedanken der Selbstverwaltung im eigentlichen und ursprünglichen Sinne festhalten und nicht ihre Angelegenheit durch den überwiegenden zahlreichen Einfluss anderer Berufsgruppen bestimmen lassen wollen.

Die Stellungnahme der Berufsorganisation ist in der Oeffentlichkeit zur Genüge bekannt. Die Berufschaft in ihrer Gesamtheit, und wie aus neuerdings bekanntgewordenen Entwicklungen hervorgeht, auch in allen ihren einzelnen Organisationen, wehrt sich gegen die Verfälschung des Grundgedankens der Sozialversicherung durch eine übermäßige Erhöhung der Zwangsversicherungsgrenze. Von erheblichem moralischem Gewicht ist in diesem Zusammenhang auch die Stellung der medizinischen Fakultäten, von denen neuerdings die Universitäten Marburg und Heidelberg, verschiedene andere sind schon vorweggegangen, ihre schweren Bedenken gegen einen überholen Ausbau der Sozialversicherung zum Ausdruck gebracht haben. Es kann also unter keinen Umständen die Behauptung aufgestellt werden, dass der Kampf der Berufschaft gegen die Erhöhung der Zwangsversicherungsgrenze nur eine Angelegenheit der Spartenorganisationen ist, vielmehr ist die gesamte Berufschaft eins in dem Streben, eine schwere Schädigung der Volksgesundheit und der ärztlichen Wirkungsfähigkeit abzuwenden, die notwendige Basis einer sozialen gesetzlichen Neuregelung sein müsste.

Das sonnige Mittelmeer.

Auch im kommenden Frühjahr wird die Hamburg-Süd-amerikanische Dampfschiffahrt-Gesellschaft wieder vier Verbindungsreisen und Erholungsreisen nach dem Mittelmeer veranstalten, die von dem 14.000 Tonnen schweren Dampfermotorschiff "Monte Cervantes" ausgeführt werden sollen. Ihr Verlauf ist folgendermaßen bezeichnet:

Reise I: Hamburg — Lissabon — Sevilla — Genua — Water-Palermo — Neapel — Genua. 28. März bis 7. April, 5076 km.

Reise II: Genua — Neapel — Palermo — Port Said — Gorku-Benedict. 8. April bis 28. April, davon 9 Tage in Palästina und Ägypten zu Vandauflügen, 6445 km.

Reise III: Genua — Corfu — Athen — Konstantinopel — Malta — Sizilien (Tunisien) — Tunis — Palermo — Neapel — Genua. 5. Mai bis 23. Mai, 6083 km.

Reise IV: Genua — Barcelona — Palma de Mallorca — Algier — Genua — Sevilla — Lissabon — Vigo — Hamburg. 25. Mai bis 10. Juni, 5191 km.

Die Fahrpreise beginnen bei Reise I und IV bei RM. 240.— und bei Reise II und III bei RM. 280.—

Geraude die Vollständigkeit der Fahrpreise auf den Verbindungsabfahrt der Hamburg-Süd mit den Einheitsmotorbooten der „Monte“-Klasse ist es bisher gewesen, die diesen Abfahrt nach dem hohen Norden und dem sonnigen Süden solch großen Zuspruch aus den Kreisen des reisenden Publikums gebracht haben. Bei den Mittelmeerbahnen ist es nicht allein der große Preis der ankommenden Hafenstädte und des hinterlandes in landschaftlicher, kulturdächerlicher, historischer und religiöser Beziehung, sondern auch der Zauber einer Fahrt auf den blauen Blüten des Mittelmeers unter außergewöhnlichem Himmel, der diesen Abfahrt auch im kommenden Frühjahr zweitlos wieder eine reiche Beteiligung aus den Kreisen des deutschen reisenden Publikums sichern dürfte. (S. Unterr.)

Der Dezember und das Wetter.

Es gibt Wetterkundige, es gibt Gelehrte, die sicherlich das Wetter besser vorher sagen können, als ich. Ich möchte ihnen aber trotzdem ins Handwerk pfuschen, wie man so sagt. Denn, sie irren sich gewiss auch. Man traut ihnen auch nicht ganz. Wenn ich mich irre, so ist es also nicht so schlimm, und wenn man mir nicht traut, bin ich nicht beleidigt. Ich hole meine Weisheit aus einem ganz, ganz alten Band, zweihundert Jahre ist er alt, und in ihm lese ich eine Abhandlung vom Wetter. Weiß der Himmel, welche Merkmale man früher hatte, um das Wetter der nächsten Zeit zu bestimmen. Man studierte keine Sterne, keine Windrichtungen, arbeitete nicht mit Telegrammen und Beobachtungen an allen Enden der Erde. Man hatte die Weisheit ererbt. Irgend jemand hat im Laufe der vergessenen Jahrhunderte die Natur betrachtet, hatte das Wetter vieler, vieler Jahre ausgezeichnet und vergleichend brachte ihn dahin, dass das Wetter der einzelnen Jahre nach gewissen Zeitschriften immer wieder kommt. Freilich wusste der Weltweise nichts von den sich drehenden Erde und den Sonnenräden, er kannte noch nicht die „siderten“ Theorien unserer Gelehrten, das die Welt erfahrt und daher das Wetter immer unbeständiger, bei uns z. B. immer sätter wird. Er hatte seine Regeln, Teilsweise sind sie uns als Bauernregeln erhalten, andererseits sind sie durch folgende Geschlechter weiter ausgebaut, und so haben wir ein Dokument, das wir nicht übersehen können. Da steht z. B., dass im Jahre 1703 ein kalter Winter gewesen sei, selbst die Steinmitten ließen sich vor Frost. Es steht fest, dass der Winter nach einer Regenperiode einsetzte, die den ganzen November andauerte, ein ziemlich schöner Herbst die Menschen erfreut hatte, ein erträglicher Sommer vorübergegangen war. Und just so, wie im Jahre 1703 war es im Jahre 1781. Bis aufs Haar gleichen sich die Merkmale. Ich finde nun, wenn das Wetter sich tatsächlich so genau wiederholt, wenn das Jahr 1703 und 1781 unserer so genau gleichen — und ich habe durch Vergleichende einzelne Annalen das festgestellt, — dann muss also unser Winter 1928 dem damaligen, trotz aller neuen Theorien wohl ähnlich werden. Und deshalb sage ich — mögen die Gelehrten lächeln: Es wird ein schöner Schneiwinter. Aber bleiben wir beim Dezember. Der Dezember wird im zweiten Drittel zu Frost übergehen, er wird um Weihnachten herum, entweder einige Tage vorher, sicherlich aber sofort nach Weihnachten starken Schnee bringen, dazu weniger strengen Frost, der erst um die Mitte des Januar wieder einsetzt. Wir werden also einen Spätwinter haben. Man rüste also, will man mit glauben, ruhig zum Wintersport. Entzündungen wird es wenigstens in den höher gelegenen Gegenden nicht geben. Und wenn man den Bauernkalender zur Hand nimmt, wenn man die schönen, nicht wegzulegenden Bauernregeln heranzieht, dann findet man auch die Bestätigung dafür, dass wir im Jahre 1928/29 das gleiche Wetter haben müssen, wie 1703 und 1781.

Prakt.

Der Kleingärtner im Dezember.

W. Im Freiland machen im Dezember noch die Kohlarten und die Schwarzwurzel. Sie brauchen nur nach Bedarf ins Haus genommen zu werden. Die Lagergärtnerei müssen frostfrei, dampf und trocken untergebracht werden. Defektes Durchwachsen macht sich trotzdem noch notwendig. Beim Herausnehmen der Schwarzwurzeln dürfen die Wurzeln nicht abbrechen, da sie sonst den Gelschaden verlieren. Bei eintretendem Frost muss das Freilandgemüse mit Lammwolle oder einer Baumwolle geschützt werden. Bei gelindem Wetter müssen die Kartoffelmielen auf Büsche aufzugehen werden. Von den Schädlings sind besonders die Würmer zu bekämpfen. Von den Schädlings sind besonders die Würmer zu bekämpfen. Gegen Ende des Monats können an einem dunklen Tage die Leimringe abgenommen und verbrannt werden. Die Stämme der Obstbäume müssen von alter Borke und vom Moos befreit werden. Wer gegen Sonnenwirkung kämpfen will, mischt 10 Prozent Obstbaum-Katholitum zwischen die Kämmen. — Die Gartenbeden sind auf ihre Dichtigkeit zu prüfen, damit nicht Feinde eindringen und die zarten Baumrinde benagen. Die dünnen Stämme kann man durch Drahtgeflecht schützen. Der beste Helfer des Gärtners ist die Vogelwelt; darum müssen auch die Rikästen in Ordnung gebracht werden. — Eine Düngung empfiehlt sich im Dezember nicht. Man sammelt am besten den Dünger, woher abstießende Jauche durch Toxinum aufzugehen werden kann. Der künstliche Dünger mag schon jetzt beiwohnen.

Letzte Funkspur-Meldungen und Telegramme

vom 5. Dezember 1922.

Unterstellungen eines Berliner Postbeamten.

Berlin. (Funkspur.) Das Postbeamte Thiele vom Postamt Berlin-Wilmersdorf hatte sich gestern seiner Börde und gab an, fortgelegt Unterstellungen verübt zu haben. Man hörte fest, daß Thiele falsche Sabotage und Postanweisungen, die an eine Deckadresse gerichtet waren, bei seinen Dienststellen mit eingeschmuggelt hatte und diese dann auch anstandslos an die Empfänger ausgezahlt wurden. Insgesamt ist die Post nach den bisherigen Bekanntungen um 10.000 Mark gefälscht worden.

Sabotage

zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

Berlin. (Funkspur.) In der Übungsstraße und in der Brandenburgerstraße kam es in der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr zu einer Sabotage zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei der 23jährige Mechaniker Walter Bergmann, dessen Verteidigungsfreiheit noch nicht festgestellt ist, erheblich am Kopfe verletzt wurde, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Es an der Sabotage Beteiligten wurden der Abteilung I des Polizeischulamts ausgeliefert. — Gleichfalls zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es um fast die gleiche Zeit noch einer Versammlung der Nationalsozialisten in den Hohenstaufen-Sälen in der Berliner Straße in Charlottenburg. Auch dort gab es mehrere Verletzte, die sich aber ebenso wie die Täter ihrer Verfolgung entzogen.

Gefäßmordversuch vor der Urteilsverkündung.

Berlin. (Funkspur.) Heute hatte sich eine Buchhalterin wegen Scheidbetrugs vor dem Schiedsgericht zu verantworten. Als der Gerichtshof sie zur Urteilsverkündung zurückzog, fiel die Angeklagte plötzlich in Ohnmacht. Wie sich herausstellte, hatte sie unbemerkt Stofftropfen zu sich genommen. Die Urteilsverkündung mußte ausgesetzt werden.

Munizipalwahl neuen Württembergischen Beamtengesetzes.

Stuttgart. (Funkspur.) Der Landtag hat in seiner deutlichen Sitzung den Entwurf eines neuen Beamtengesetzes in dritter Lesung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die nächste Sitzung des Landtages findet voraussichtlich am 19. Dezember statt.

Todesfall.

Freiburg im Breisgau. (Funkspur.) Bei der Vornahme von Dacharbeiten auf den Baldenweger Hof bei Barten im Breisgau starben 3 Arbeiter über 10 Meter in die Tiefe. Der eine von ihnen war sofort tot, der andere wurde schwer verletzt.

Umfangsreiche Erkrankungen in Ober-Oden.

Freiburg. (Funkspur.) Eine ganze Reihe von östlichen Schulen Ober-Oden, auch Kleinstädterchen, mußten wegen umfangreicher Mauren-Erkrankungen geschlossen werden. Von der Krankheit sind in vielen Fällen auch noch nicht schulpflichtige Kinder erfasst worden.

Die Unregelmäßigkeiten bei den Wiesbadener Sparkassen.

Wiesbaden. Vor einiger Zeit wurden, wie gemeldet, in Wiesbaden der Direktor der dortigen Kreissparkasse, Oldenkampf, der Rendant Müller und wenige Tage darauf der Kaufmännische Marx in Eben verhaftet, weil sie gemeinsam die Wiesbadener Kreissparkasse um riesige Summen geschändigt haben sollen. Hinter den drei Verhafteten stand die Valencia-G. m. b. H., die in Eben mehrere Vergnügungslokale unterhielt. Bei einer gestern abgehaltenen Gläubigerversammlung der Valencia-G. m. b. H. erfuhr man, daß der Schaden, den die Wiesbadener Kreissparkasse erlitten, über 2 Millionen RM beträgt. Welcher Art die Geschäfte zwischen Direktor und Rendant einerseits und den Geldnehmern andererseits waren, muß die gerichtliche Untersuchung ergeben.

Die Arbeitsaufnahme in Nordwest.

Dortmund, 5. Dez. Der Arbeitgeberverband teilt auf Anfrage mit: „In der weiterverarbeitenden Industrie sind z. St. 70 Prozent der Belegschaft wieder bei der Arbeit, und bei den Hüttwerken 90 Prozent. Die Hüttewerke beginnen heute mit dem Anlaufen der Hochöfen.“

Zwischen zwei Wahlen geraten.

M Gladbeck. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag im Siegelerbetrieb der Möller-Schäfer. Der Siegelerarbeiter Johann Jongmann, der an der Stahlmühle für die Siegelmühle beschäftigt war, geriet auf bis jetzt noch nicht gefährte Weise zwischen die inneren Wahlen und wurde auf der Stelle getötet. Der Verunglückte hinterläßt Frau und 7 Kinder.

Schwere Störung eines Bibelschriften-Vortrages.

Junkersdorf. (Funkspur.) Wie die Junkersdorfer Nachrichten melden, kam es im Verlaufe eines gestern abend von der Internationalen Bibelschriften-Vereinigung veran-

stalteten Vortrages zu ersten Ausschreitungen. Als der Referent in seinen Ausführungen das Wort „Jude“ gebrauchte, erhoben die auf „Judenabschaffung“ berufenden Zuhörer protestierende und. Einige Kuben forderten die Zuhörer auf, den Saal zu verlassen, worauf weitere Ausschreiter folgten. Die Kuben forderten mit Schüssen auf einige Kuben und andere Versammlungsteilnehmer ein. Es soll auch mit Schlagringen und anderen Gegenständen ausgeschlagen worden sein. Endlich wurden auch von der Galerie Kuben in den Saal geworfen, wobei mehrere Besucher mit blutenden Kopfwunden liegen blieben. Schließlich kehrte die Ruhe wieder her und nahm einige Verhandlungen vor.

Eine Mordtat im Garten des Wertheimer Wohnhauses

Willehofs.

Wertheim. (Funkspur.) Im Park des Wertheimer Schlosses der Reichsabteilung Willehofs wurde heute früh ein Mord verübt, der jedoch keine politische Bedeutung haben dürfte. Der wegen Trunksucht von der Polizei verabschiedete Volkspolizist Kosowitsch, der früher bei der Bewachung des Wertheimer Schlosses verwandet wurde, aber von seinem Posten entfernt worden war, erschoss den Gendarmerie-Sergeanten der Wertheimer Wache Korywna. Kosowitsch wurde gefaßt und verhaftet. Der Park des Wertheimer Schlosses wurde abgesperrt und der anliegende Jagdschloß-Park ist heute für das Publikum geschlossen, bis die Lokaluntersuchung beendet ist.

Vergeleien in der Agrarmer Universität.

Wolfratshausen. (Funkspur.) Nach der Wroclawierung des Streites in der Agrarmer Universität ist es zwischen den Streitenden und Studenten im chemischen Laboratorium zu Zusammenstößen gekommen. 8 Säle des Laboratoriums sind demoliert. Die Verleihungen auf beiden Seiten sind nur leichter Natur. Die Universität wurde gestern nachmittag bis zum 9. Dezember geschlossen.

Woch an einem Kind?

X Zeitung (Württemberg). Nach langem Suchen, bei dem der Hund der Eltern zu Hilfe genommen wurde, gelang es, die seit einigen Tagen vermisste 10jährige Marie Högl aus Bürgermoos tot in einem Waschgraben aufzufinden. Alles Einzelne noch liegt ein Verdächtiger vor, zumal auch der Nachbar schlägt, den das Mädchen mitgenommen hatte.

Das Verloben des englischen Königs.

London. (Funkspur.) Nach dem amtlichen Bulletin hat der König eine ziemlich gute Nacht verbracht. Die Insektion, die die erhöhte Temperatur bewirkt hat, hat nachgelassen.

Der Sohn des dänischen Konsuls in Nicaragua ermordet.

Bluesfield. (Funkspur.) Der 19jährige Sohn des dänischen Konsuls August Waters ist gestern abend in seinem Arbeitszimmer ermordet aufgefunden worden. Neben die Person des Täters und die Motive zur Tat fehlt jedoch ein Haftpunkt.



Gebebenstatastrope in Chile.

In der Nacht zum 1. Dezember wurde Südchile durch ein Erdbeben heimgesucht, das besonders in Talca, Chilán, Santa Cruz, Port Constitución und Curicó schwere Verwüstungen anrichtete. Die Zahl der Toten wird auf 300, die der Verletzen auf 500 geschätzt.

Das Weihnachtsgeschäft beginnt...

Betrachtungen nach dem ersten Adventssonntag.

Der erste Adventssonntag ist vorüber. Das Weihnachtsgeschäft beginnt demnächst nun offiziell. Wer es noch nicht glauben konnte, daß Weihnachten in nächster Nähe, hat nun zwischen Schreck und Freude schwanken, die ersten Lichtschimmer des großen Festes wahrnehmen zu können. Noch ist es so gar nicht winterlich. Noch fehlt die Feeststimmung. Und mit Schrecken sieht manche Hausfrau, mancher Familienvater, daß für die Feestvorbereitung noch vieles fehlt, und die Haushälfe: daß keine Geld, um alle Wünsche der Kinder, der Gattin, und die eigenen kleinen und großen Wünsche erfüllen zu können. Jetzt heißt es aber handhaben in den letzten vier Wochen vor Weihnachten. Doch dem, der schon in den vergangenen Monaten an diese Notwendigkeit gedacht und den Anfang mit kleinen Summen gemacht hat, die jetzt vielleicht schon zu einem recht beträchtlichen Weihnachtsguthaben angewachsen sind. Die Weihnachtswünsche bringen ja doppelte Ausgaben. Doppelte Arbeit für die Haushalte, die ihre Wohnung für die Feesttage blitzsauber herrichten müssen, die für ihre Kinder schneidet und bastelt und an mancherlei Belustungen denken muss. Doppelte Arbeit für den Mann, der im Geschäft und dabei das Rahmen des Weihnachtstisches spürt. Viel Freude aber für die Kinder. Viel kindliche Erwartung, reines Glück in diesen Wochen! Während in den Städten und kleinen Städten die Nähe des Weihnachtstisches noch nicht so spürbar ist, es sei denn, in alltagssmüden Herzen, das sich nach dem Vichterglanz und den Bickern der Weihnachtszeit sehnt, deponiert man in den Straßen der großen Städte jetzt auf Schritt und Tritt den grünen und glühenden Boten des Weihnachtstisches. Die Schaufenster sind weihnachtlich ausgeschmückt worden, in allen Geschäften liegt so etwas wie ein Schimmer des Lichterbaumes, und die Menschen, die sich vor den Schaufenstern bewegen, haben in ihren Augen die Erwartung des Weihnachtsglückes. Es geht doch ein Zauber aus von diesem Fest. Die einflößende Welt wird eine Gemeinschaft von Selbstlosen und Beschenkenden. Menschen, die sonst nur an sich dachten, die keine Zeit hatten für die Wünsche und Sorgen der Nachsten, befinden sich plötzlich und frohen nach den kleinen Herzenswünschen der an-

deren. Möglich fällt es wie weißer Schnee in ihre Gedanken und ihr Herz entzündet sich weihnachtlich: Freude bereiten, schenken!

Aus den weiten Waldern kommen täglich lange Züge mit Tannenzäumen in die großen Städte. Ein schwungvoller Handel steht ein. Jede Familie braucht doch einen Christbaum. Hunderttausende, Millionen werden auf den Markt gebracht. Auf den Plätzen und in den Straßen stehen die Verkäufer, von Lastwagen herab, neben kleinen Zeltbuden und Bretterbuden rufen sie die frohe Botschaft in die vorüberhastende Menge: „Weihnachtstäume, schöne billige Weihnachtstäume!“

In den letzten Wochen vor dem Weihnachtsgeschäft bieten sich allerlei Verdienstmöglichkeiten. Das kommt besonders den Erwerbstümern zugute. Man muß nur die Gelegenheiten wahrnehmen. Nebenverdiene und Mehraufgabe, Überstunden und Weihnachtsschläfe bringen diese Wochen. Ob sie auch Schne bringen werden? Schne gehört nun einmal zum Weihnachtsfest. Mag der Hausherr auch über die arbore Arbeit durch die Straherziehung schenken, mög die Hausherrin sorgenvoll die nahe Sorge ihrer Kinder betrachten, und den Briefüberbringer des Kundenhaus mit nicht sehr wohlwollenden Bildern konfrontieren: Schne muß sein!

Langsam neigt sich das Jahr seinem Ende zu. Vier Wochen noch, dann ist das Weihnachtsgeschäft da. Aber die Winterzeit ist alles andere als weihnachtlich. Regenschauer reihen sich die Tage aneinander. Neben Land und Meer wehen Stürme. Schiffe versinken, Häuser brechen unter der Sturmgewalt. Fabriken stehen verlassen, viele Hunderttausend Familien lernen die Not kennen. Die Arbeit steht still, im Ruheriegel. Rohstoffe töben hier, menschliche Stürme über Familien und Gemeinden. Wie wird hier das Weihnachtsfest ausfallen?

Aber gerade in dieser Zeit blüht ja in den Herzen der Menschen beglückende Hoffnung auf, durch Rot und Grünlicht das Licht einer Offenbarung, schwint es in Weihnachtsmärchen von jenseit zu einer hellen Melodie an, zu einem Liede der Freude: Weihnachten ist die Geburtshütte der Erlösung des Friedens, der Liebe.

Die Adventszeit ist voll Zauber, voll Heimelig und Frieden. Wie vor einer verschloßnen Tür, hinter der törichte Geschenke bereit liegen, warten die Menschen Kinder

der Sächsischen Landeswetterwarte Amtlicher Wintersportwetter-Dienst

vom 5. Dezember 1922.

Odenwald: plus 0. Bedeut. Still. 2 Centimeter Schneehöhe. Schneedecke gleichmäßig, kein Sport.

Weltall: plus 0. Still. 10 Centimeter Schneehöhe. Winterlandschaft mäßig. Schneedecke stellenweise durchbrochen (gesperrt). Nebelrisiken.

Altenberge: min. 0. Bedeut. Nebel. Nord 1. 50 Centimeter Schneehöhe. 1-2 Centimeter Neuschnee, Pulverschnee. Ost und Südost gut. Herrliche Winterlandschaft mit zusammenhangender gleichmäßiger Schneedecke.

Altdorf-Bärenfeld: plus 1. Wolkig. Nebel. Still. 12 Centimeter Schneehöhe. Schneedecke gleichmäßig. Ost und Südost gut. Herrliche Winterlandschaft.

Schellerhau: min. 1. Nebel. Südwest 1. 25 Centimeter Schneehöhe. 1-8 Centimeter Neuschnee, Pulverschnee. Ost und Südost gut. Herrliche Winterlandschaft.

Kauernberg-Bärenberg: min. 1. Wolkig und Nebel. Still. 18 Centimeter Schneehöhe und 1-2 Centimeter Neuschnee. Schneedecke gleichmäßig. Ost und Südost gut. Herrliche Winterlandschaft.

Oberwiesenthal: min. 1. Wolkig und Nebel. Nordwest 2. 40 Centimeter Schneehöhe, gefroren, Ost und Südost gut. Herrliche Winterlandschaft.

Fichtelberg: min. 1. Wolkig und Nebel. Still. 22 Centimeter Schneehöhe, gefroren, Ost und Südost sehr gut. Herrliche Winterlandschaft.

Johannesbergstadt: pl. 1. Wolkig und Nebel. Nord, west 1. 22 Centimeter Schneehöhe. Schneedecke gleichmäßig, Ost und Südost gut.

Schneid: min. 1. Bedeut. Still. 25 Centimeter Schneehöhe. Schneedecke gleichmäßig. Ost und Südost gut.

Klingenthal-Alsbachgebiet: min. 2. Wolkiglos. Ost 1. 45 Centimeter Schneehöhe. 3-5 Centimeter Neuschnee, Pulverschnee. Ost und Südost sehr gut. Herrliche Winterlandschaft.

Witterschleibach: Teils aufseiternd, teils neblig getrübt, Temperaturverhältnisse wenig geändert.

Reichenerklärung: Windstärke: 0 - still, 1 - schwach, 2 - lebhaft, 3 - stark, 4 - heftig, 5 - stürmisch, 6 - Sturm.

Reichswinterwetterdienst

vom 5. Dezember 1922.

Ort	Temp. in °C	Wetter	Wind St. h	Neu- schne- en cm	Schne- beschaff- bar- heit	Sport- möglich- keit
Alpen:	- 4	wolkiglos	55		Pulver	sehr gut
Österreichische Oberländer Gebiete	- 1	bedeut.	29		"	"
Harz: Schorle Braunlage						
Thür. Wald: Oberhof Griesbrücke	- 1	bedeut.	30		Pulver verhorstet	gut
Schwarze Bergwerke Krummhübel Gröditzberg	- 1	bedeut.	12		"	"
Schleierhau	- 3	bedeut.	22	3-5	gefroren	gut

Wir

stehen Ihnen gern zu Diensten und sind bereit, Ihnen Ratschläge für eine zeitgemäße Reklame zu geben.

Sie

entscheiden sich und kommen zu dem Entschluß, daß Ihre Reklame nur Erfolg haben wird.

Riesaer Tageblatt

der ältesten Zeitung des ganzen Bezirks.

und Erwachsenen auf das Klingelzeichen der Liebe. Adventszeit ist Erwartung, Vorbereitung des Liebesfestes.

Nun werden in den Häusern die Zimmer für das Fest bis in die hintersten Winkel blankgeputzt, und in der Küche die Weihnachtsplätzchen und die vielen bunten Kränze für den Christbaum gebunden. In der Wohnküche hocken die Kinder, machen mit heißen Wangen ihre kleinen Weihnachtsarbeiten und lügen dabei andächtig die auswendig gelernten Weihnachtspäckchen vor sich hin. Und wenn sie recht artig gewesen sind, dürfen sie mit auf den Christmarkt oder in die Spielzeugausstellung des großen Warenhauses und die märchenhafte Herrlichkeit der vielen bunten Vitrinen, Puppen und Lebkuchenmänner anzutreten. Und manchen Erwachsenen wird das Ausleuchten der leuchtenden und glücklichen Kinderäuglein schöner bilden, als das Licht von tausend strahlenden Weihnachtslaternen. Ja, die Erwachsenen! Was haben sie nicht alles zu tun in diesen Wochen, die Eltern und Großeltern, und Onkel und Tanten! Und wie viel nützlicher und wichtiger scheint ihnen das viele Herumlaufen, Einkaufen und Einpaden als die vernünftigste und praktischste Tätigkeit! Nur die Verkäufer und Verkäuferinnen der großen Geschäfte sind schlammig dran. Gest müssen sie mehr wirken und schaffen als das ganze Jahr über, und so gut ihre wohlbewilligte Sonntagsruhe ist. Aber auch sie freuen sich auf die Feiertage die ihnen wenigstens eine kurze Ruhezeit ver gönnen.</

Roth immer Hochverratsdebatte im Strafrechtsausschuss.

ab. Berlin. Der Strafrechtsausschuss des Reichstags wimbete noch die ganze Dienstaufwandlung der Hochverratsverhandlungen im neuen Strafrechtsausschuss. Dabei nahm auch Reichsjustizminister Roth nochmal das Wort, um hervorzuheben, daß der Kompromitkantag zwei starke Einschränkungen gegenüber dem seitenden Recht enthalte, indem er einmal das Wort „unmittelbar“ mehr anwenden des Täters auslasse und weiter in der so einanderdrängten Generalklauel wiederum zugunsten des Täters verlasse, daß, wie eine Vorbereitungskondition zum Hochverrat hege, auch den Entschluß gefaßt haben müsse, an der Ausführung des hochverrätlichen Unternehmens als Täter oder Teilnehmer mitzuwirken. Es liege im wohlverstandenen Interesse des Staates und des Amtshabens der Rechtsanwalte, wenn die Verfolgung von Anklägern gegen den Staat in nur wirklich schweren Fällen durchgeführt werde. Ein Hochverratsprozeß müsse etwas so Bedeutendes sein, daß die ganze Öffentlichkeit auf ihn blide. Der Kompromitkantag mit diesem Ziel gebe aber auch dem Staat den Schutz, auf den er Anspruch habe. Um übrigen stimme der Minister der Anregung zu, diesen ganzen Prozesskomplex bis zur zweiten Urfassung noch einmal eingehend durchzuprägen.

Aus der Debatte sei noch hervorgehoben, daß bei den Rechtsvertretern die Besorgnis gehabt wurde, es könne nie im Sinne des Kompromitkantages einwandfrei entschieden werden, ob jemand vorläufig den Hochverrat, an dessen Vorbereitung er mitwirkte, auch in die Tat umzusetzen wolle. Von der Linken wurde dem entgegengesetzten, daß unter keinen Umständen die Bekennung und deren Propagierung bestraft werden dürfe. Mehrere Parteien behielten sich vor, diesmal für den Kompromitkantag zu stimmen und vielleicht in der zweiten Urfassung eine Änderung herbeizuführen. Unter Ablehnung weitergehender Anträge wurde schließlich der Kompromitkantag unverändert angenommen. Auch der nächste, nämlich § 89, wurde verabschiedet, allerdings in etwas geänderter Fassung, so daß er nunmehr lautet: „Wegen der in diesem Abschnitt mit Strafe bedrohten Handlungen kann die Amtshäufigkeit und das Wahl- und Stimmberecht ohne Rücksicht auf Art und Höhe der Strafe abgerannt werden; ist der Täter Ausländer, so kann seine Verweisung aus dem Reichsgebiet zugelassen werden.“

Um nächsten Dienstag wird im Ausschuss der Landesverrat behandelt.

Die Betriebsicherheit bei der Reichsbahn.

ab. Berlin. Im Verlehrsausschuss des Reichstags begann gestern die Aussprache über die Betriebsicherheit der Reichsbahn auf Grund eines Berichts, den ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums erbracht. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß die Betriebsicherheit der Reichsbahn nicht gesichert sei. Vom Zentrum wurde eine Vertragung der ganzen Aussprache gewünscht. Die anderen Parteien widersprachen aber einer Vertragung, da es unbedingt nötig sei, über die wahren Verhältnisse der Reichsbahn vor der Öffentlichkeit Klarheit zu schaffen. Es wurde beschlossen, die Aussprache am 12. Dezember fortzuführen.

Abchiedsgruß an den Kreuzer „Gneisenau“.

ab. Wilhelmshaven. (Tel.) Unzähllich der begeisterten Weltkreis des Schülertreffens „Gneisenau“ landete Reichspräsident von Hindenburg ein Telegramm, in dem er den Offizieren und der Mannschaft herzliche Glückwünsche und gute Fahrt übermittelte. Der Kreuzer, der am gestrigen Dienstag zur Seekar-Besichtigung ausgelaufen war, legte heute Mittwoch vormittag an, um nach der Fahrt durch die Schleuse im Laufe des Nachmittags den Wilhelmshavener Hafen für die Weltreise zu verlassen.

Opfer der Berge.

München. Seit Montag werden zwei Münchner Autofahrer vermisst, und es scheint, daß sie ein Opfer der schlimmen Schneeverhältnisse oder einer Lawine geworden sind. Die am Montag alarmierte Bergwacht mußte am Dienstag abend ihre Nachforschungen als ergebnislos abbrechen, da eine weitere Suche bei den augenblicklichen Schneeverhältnissen aussichtslos erscheint. Es handelt sich um den Chauffeur Bahns und seine Schwester, die am Sonntag trotz der außerordentlich ungünstigen Verhältnisse (es herrschten schwere Stürme bei tiefer, wässrig-locker Schneelage) eine von ihnen gepackte Aum am Trainsbach aufsuchen wollten. Sie wurden noch spät nachmittags in der Nähe einer andern Aum gefunden und durften dann an die Steilhänge geraten sein. Wie man vermutet, haben sie eine Schneeschleuse losgetreten und wurden von diesem mitgerissen und begraben. Lawinenexperten lassen auf diesen Vorgang schließen; doch macht die starke Neuschneelage die genaue Feststellung des Unglücksorts und weitere Grabungen unmöglich.

Die Neugestaltung des Roten Kreuzes.

Der Reichspräsident an das Rote Kreuz.

ab. Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Vizepräsidenten im Deutschen Roten Kreuz, Dr. Drabot, der gleichzeitig Vizepräsident der Liga der Rottkreuzgesellschaften in Paris ist, das folgende Schreiben gerichtet:

„Aus einem Bericht des Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes über die Arbeit der 18. Internationalen Rottkreuzkonferenz im Haag habe ich mit Genugtuung entnommen, daß diese Konferenz zur nunmehr völligen Einigung des Internationalen Roten Kreuzes geführt hat, und daß dieser Erfolg in erster Linie Ihrer unermüdlichen Arbeit zu verdanken ist. Ich nehme an dieser langerhofften Neugestaltung der Weltgemeinschaft des Roten Kreuzes auftrittsweise Anteil und spreche Ihnen für den großen Dienst den Sie hiermit der großen Organisation werktätiger Räthe herzliche geleistet haben, meine Anerkennung und meinen Dank aus, als deren äußeres Zeichen ich Ihnen anbei mein Bild mit Unterschrift zugehen lasse.“ von Hindenburg.

Im Haag ist ein Abkommen zwischen Drabot als Mandatär der Liga und Max Huber als Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz angenommen worden, wonach die Internationale Rottkreuzkonferenz die einheitliche Zeitung und höchste Instanz des Roten Kreuzes bildet. Die Organisations- und Zuständigkeitschwierigkeiten, die bisher zwischen dem Internationalen Komitee in Genf und der Liga in Paris bestanden haben, sind damit ausgeschaltet worden.

Verdienen

diese brennendste Frage Ihres Geschäfts
können Sie
ohne Zeitungsanzeige nicht lösen!

Turnen—Sport—Spiel—Bändern.

Ein Hochfestspiel i. S. M. S. S.

Stadts.

Das weitauß interessanteste Treffen der Oberschule fand hier statt. W.G. Möritz — Sportverein Möritz kämpften um die Entscheidung. Das Spiel gewann der W.G. statt mit 3:0 Toren, jedoch Möritz nur noch mit einem Punkt Vorsprung führt. (Siehe Sonderbericht.)

Großherzoglich:

Sport-Verein Großherzoglich — Mönchweiner SG. 4:2! Mönchwein war gestern noch Favorit für die Meisterschaft und ist gestern schon so gut wie aus dem Rennen geworfen worden. Großherzoglich sieht sich auf einem Platz als Überflussmannschaft zu entwinden. Durch diesen Sieg hat sich Großherzoglich erheblich vom Tabellenende weggemacht.

Geringwalds:

SG. Geringwalds — Sport-Verein Möderau 10:2! Beide wertvolle Punkte eroberte sich die SG. Geringwalds gegen den SV. Möderau. Möderau erlaubte sich den Schluß mit nur 9 Mann anstreben, was sich blöd: dachte. Unverhältnismäßig bleibt, daß Möderau, das sich so gut eingespielt hatte, mit nur 9 Mann antritt.

Großherzoglich:

SG. Großherzoglich — Sport-Club Töbeln 5:4. Nach Döbelns Niederlage ist eine Überholung, obwohl die letzten Resultate nicht für Döbelns Spielfähigkeit sprechen. Töbeln gerät durch diese Niederlage in recht bedrohliche Nähe des Tabellenendes.

Waldheim:

Spielverein Waldheim — **Sportverein Nürnberg.** Nürnberg trat an diesem Spiele nicht an, womit der Abstieg der Nürnberger bestellt ist, wenn sie sich nicht noch zu einzigen guten Spielen aufstellen.

Niesauer Sportverein e. V., Niesau

Abteilung für Jugendspiele.

NSV. 1. Jun. — SG. Mügeln 1. Jun. 12:0 (5:0)!

Wie nicht anders zu erwarten, gewann der Jugendmeister sein letztes Verbandsspiel gegen obigen Gegner in ganz überlegener Weise.

Die Niesauer Jungen, im neuen schwulen Dreh, führten ein Spiel vor, an welchem jeder seine Freude haben konnte. Trotz des naßen und schlüpfrigen Bodens wanderte der Ball von Mann zu Mann ohne dem Gegner eine Chance zum Einreißen zu lassen.

Die Müglinger, welche sich die ersten 10 Minuten tapfer wehrten, brachten dann aber dem besseren Spiel der NSV-Aufzähler und verfeindeten die 2. Halbzeit mit der gesamten Mannschaft, was ihnen aber nicht viel nützte, da sie sich trotzdem ein Tor nach dem anderen gefallen lassen mußten.

Wäre der rote Sturm schneller und entschlossener gewesen, dann wäre aus dem einen Dutzend mindestens ein halb Dutzend geworden, trotzdem drei schon nicht gewertet wurden.

Dürfte sich der Sturm noch etwas verbessern oder verstärken lassen, müßte der Jugendmeister in seiner letzten Runde auch jeder Großstadt-Juniorenmannschaft eine harte Aufgabe zu knicken geben.

Allerdings muß sich ein Teil der Mannschaft noch das viele Stehen u. Streiten abgewöhnen um mehr Einigkeit und Disziplin in die Mannschaft sowie in die gesamte Jugendabteilung zu bringen.

NSV. 2. Jugend — SG. Rauwald 1. Jugend 1:0.

Einen schwer erkämpften Sieg brachte die 2. Jugend aus Rauwald mit nach Hause. Die körperlich weit härteren Rauwaldler mußten sich der besseren Spielweise der Niesauer Jungen, sodass der Sieg verdient war.

Eingesandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die voreingesetzte, nicht die ideelle Verantwortung.)

Lieber Herr R. M.

Sie sind in einer außerordentlich bedeutsamen Lage — weil Sie sich darüber beklagen, daß es in Ihrem Rundfunkgerät etwas pfeift und nur höchstens eine halbe Stunde knattert. Sie müßten sich einmal den Rundfunkempfänger in der Goethestraße zwischen Rosenthal und Freiligrathstraße anhören, dann würden Sie möglicherweise die nur geringe Störung bei Ihnen nicht mehr klagen. Ich wohne Goethestraße 87. Es ist eine ganz seltene Ausnahme, wenn einmal eine Rundfunkdarbietung ganz angehört werden kann. Ob Sonntags oder Montags spielt dabei keine Rolle. Für gewöhnlich liegt die Störung in meiner Nähe gegen 20 Uhr ein und dauert bis gegen 22 Uhr. Sonntags laufen die Störungssymptome mit geringen Unterbrechungen den ganzen Tag. Man kann allenfalls Leipzig und Königs-Wusterhausen hören, aber sonst nichts.

Die Rundfunkhörer konnten bisher noch nicht belangen werden, da die Störungsquelle noch nicht gefunden worden ist. Vielleicht bringt die jetzt in Dresden andehinige Straßen gegen ein Hellinstitut eine Lösung hergestellt, daß jeder Belehrungs- oder Massagedeckapparatur zwecks Gewährleistung eines einwandfreien Rundfunkempfangs verfügt ist, seinen Apparat störungsfrei ändern zu lassen. Es ist ein Leid der Zeit, daß man ohne Gesetz und Strafe eine Rücksichtnahme auf andere nicht mehr erwarten kann. Da die Angelegenheit im Interesse aller Rundfunkhörer liegt, wäre interessant, die Meinung der Post und des Funkvereins öffentlich zu hören.

Hochachtungsvoll Curt Adler.

Handel und Börsenwirtschaft.

Am Berliner Börse war die Gesamtstimmung des Marktes am Dienstag wieder umgeschlagen. Die Tendenz war überwiegend schwächer. In erster Linie waren außenpolitische Nachrichten maßgebend, ferner wirkte ungünstig ein leid starkes Angebot in rheinisch-westfälischen Montanwerken und die schwache Haltung der Auslandsbörsen. Am Rentenmarkt notierten Abbildungsbankleihe 51,50, Neuverschuldleihe 15 Prozent. Von den Eisenbahnen lagen Baltimore sehr fest, sie gewannen 8 Prozent. Schiffahrtswerte waren stärker angehoben. Hamburg verlor 2½ Prozent und Norddeutscher Lloyd fast 1½ Prozent. Von den Montanien waren besonders gedrückt Mannesmann, die 8,60 Prozent verloren und rheinische Braunkohlen mit einem Verlust von 5 Prozent sowie Essener Steinkohle mit einem solchen von fast 4 Prozent. Von den Elektroaktien gewannen W.G. etwa 8 Prozent, elektrische Lieferungen 4 Prozent. Dagegen waren die Siemens-Werte erheblich schwächer. Kunstdewerke verloren etwa 5-7 Prozent. Der Tag für tägliches Gelb war 8-9½ Prozent, für Monatsgeld 8-9 Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

NSV. 1. Stuben — Stuben-Wiehle 1. Stuben.
Zwei letzte Sätze erzielten die Wiehler Stuben wieder nicht. Der Bau wird sich mit dieser Angelegenheit befassen.

Sport am Stahlhelmtag betr.

Der gestern veröffentlichte Siegerliste sei erläutert und nachgetragen, daß die unter „Gepäckmarke“ veröffentlichten Gesamtpunktzahlen in den einzelnen Abteilungen die Ergebnisse des Gruppen-Meisterschafts dorthin, bestehend aus 14,8 Kilogramm Gepäckmarke (ausläufig Höhe 128 Minuten), verbunden mit Kleinfahrrädern, anschließend 100 Meter Hindernislauft, Keulenstielwurf und Keulenweitwurf.

Im Abschnitt „Vaterlandssieger bei Nacht“ muß es aufhalt „Jungsturm“ richtig heißen: „Jungstahlhelm“.

Tagung des Deutschen Motorradfahrer-Verbandes.

Am Sonntag fand in der Stadthalle Hannover die Generalversammlung des Deutschen Motorradfahrer-Verbandes unter regster Teilnahme von Stadt und Landesstadt statt. Das neue Präsidium lehnte sich zusammen aus dem 1. Präsidenten Brück-Hannover, dem Sportpräsidenten Dr. Böttchert-Berlin, sowie weiteren fünf Präsidialmitgliedern, die sich in die Geschäfte des Vorstandes teilen. Gestellt wurden gewählt: Grunewald-Berlin, Lindau-Berlin, Schwab-Düsseldorf, Thomas-München und Lüderitz-Chemnitz. Der Vokal eines ehrenamtlichen Werbeleiter wurde nicht mehr belegt. Alsstell. Sportleiter wurde Günther-Chemnitz, alsstell. Finanzreferenten Wölkens-Berlin, gewählt. Bahnpostwart wurde Eßstein-Berlin und Wandertafelmärt Bauer-Blauen. Das Oberste Schiedsgericht unter dem Obmann Bülow lebte sich zusammen aus den Herren: Dr. Blume-Rödel, Blanes-Mannheim, Gohl-Hamburg, Dr. Abrahamsohn-Berlin und Demolt-Magdeburg. Als Tagungsort für die nächste Verbandsversammlung ist Göttingen in Aussicht genommen. Es wurde beschlossen, 1929 einen Motorradfahrttag in Mecklenburg abzuhalten, dessen Termin noch bestimmt wird. Von den eingebrachten Anträgen wäre zu erwähnen, daß der wirtschaftliche Anteil an den Automobilclub von Deutschland allgemeine Billigung fand. Göttingen wurde beschlossen, den Antrag „Marken-Club“ für die Folge nicht mehr aufzunehmen, abzulehnen.

Vorstandssitzung des Fußballbundes.

Der Erweiterte Vorstand des Deutschen Fußballbundes tagte am Sonnabend und Sonntag in Berlin. Gemäß dem Beimarsch-Befehl wurden für das gesamte Bundesgebiet in dieser Spielzeit, wie im Vorjahr, 16 Spiele gegen Berufsspielermannschaften genehmigt, die den Charakter von Lehrspielen tragen müssen. Nach den Anträgen der Landesverbände bewilligte der Bundesvorstand für das laufende Spieljahr die folgende Anzahl von Spielen: Süddeutschland 9, Mitteleuropa 3, Berlin und Südböhmen je 2 Spiele. Westdeutschland, Norddeutschland und der Baltikusverband hatten keine Anträge gestellt. Weiterhin beschäftigte sich der Bundesvorstand mit der Festlegung des Länderspielprogramms. Deutschland — Schweiz findet am 10. Februar in Mannheim statt. Deutschland — Schlesien wird am 23. Juni im Rheinland ausgetragen, gegen Finnland wird an einem noch zu bestimmten Termin im Altonaer Stadion gespielt. Das erste Treffen gegen Italien soll in Mailand stattfinden, das Rückspiel wird Mitteleuropa übertragen. Berlin soll das Länderkampf England — Deutschland halten. Als Ausstragungsort des Vorwerts gegen Norwegen wurde Breslau vorgemerkt. — Die Bundespol.-Brotischenrunde am 18. Januar wurde wie folgt festgelegt: Süddeutschland — Norddeutschland in Hannover und Westdeutschland — Berlin in Eberhard. — Der Jugendtag wird gemeinsam mit der D. S. B. am 30. Juni durchgeführt. Als Ort der Bundestagung 1930 wurde Dresden bestimmt.

Wahlberichte.

Großenheider Schweinemarkt vom 4. Dezember 1928. Preis eines Getreis: 13—24,00 Mk. Ausnahmen über Rott. Aufsch. 245 Getre. Gehäufgang: mittel.

Wöchentlich festgelegte Preise an der Produktentörte zu Berlin am 5. Dezember. Getreide und Getreataren pro 1000 kg, Senf pro 100 kg in Reichsmark. Weizen, märzlicher 208—210, pomm. — Roggen, märzlicher 204, — märzlicher, ne. — pomm. — Gerste, neue Sommergerste, — Wintergerste — Oster, märzlicher 195—203, schles. — Mais loco Berlin 218—221, Waggon frei Hamburg. — Weizenmehl, pro 100 kg in Berlin brutto inkl. Sad (jeinst. Markt über Rott. 26,00—29,00. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad 25,60—28,60. Weizenmehl, fr. Berlin 14,00 bis 14,25. Roggenmehl, fr. Berlin 14,00—14,25. Raps — Weizenmehl 42,00—51,00. M. Speise-Getreide — — — Getreide — — — Weizenmehl 27,00—29,25. Lupinen, blaue 14,00—14,50. gelbe 16,50—17,00. Serradell, neu. — Rapssoden, Boffis 38°, 19,90—20,30. Serradell-Saden 37°, 25,00 b. 25,20. Tiefenwurzeln 18,40—18,70. Soja-Gerste — — — Soja-Basis 45°, 22,00—23,70. Kartoffelkäse 19,00—19,70. Weizenmehl-Mische 15,00—16,14. Weizengerste 218—235. Getreide-Industriegerste 198—205.

Städt. Verlehrbüro Oberwiesenthal i. Erzg. Tel. 335

Wetter-Bericht

vom 4. Dezember 1928, früh 7 Uhr.

	Temperatur Gef.	Barometer Stand:	Schne- höhe	Sport-Beruhlini- sche
Stadt- gebiet:	- 6°	—	52 cm	sehr gut
Büch- berg- gebiet:	- 3°	—	45 cm	sehr gut

</div